

Fastenopfer beim Menschenrechtsrat zu Thema Sklaverei

Gerechtigkeit statt Almosen

Aufruf zu einem grundlegenden Politikwechsel zur Reduktion der Armut in benachteiligten Regionen im Jahr 2005

Die bisherige Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele ist völlig unzureichend. Die Zeit drängt.

Wenn sich die G-8-Staaten und andere Geberländer nur mit Lippenbekenntnissen den Millenniums-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDGs) verpflichtet haben, ohne zugleich für die nötigen Ressourcen und Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung zu sorgen, dann setzen sie sich dem Vorwurf des blanken politischen Zynismus auf Kosten der Armen in der Welt aus. Viele einkommensschwache Länder werden die Zielvorgaben der MDGs nicht erfüllen können. Das Jahr 2005 ist die letzte Chance für die reichen Länder, ihren Verpflichtungen zur Reduzierung der weltweiten Armut durch einen adäquaten Beitrag zur Erreichung der Ziele nachzukommen. Der vorliegende Bericht gibt Empfehlungen für einen radikalen Wandel in der Politik der Geber- zugunsten der Entwicklungsländer.

Zu den MDGs zählen die Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung, der unter absoluter Armut und Hunger leidet, die Sicherstellung der Grundschulbildung für alle Kinder und die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel bis 2015.

Sie zu realisieren setzt einschneidende Veränderungen sowohl im Bereich der Entwicklungsfinanzierung als auch bei den Handelspolitiken voraus. Schafft man lediglich gerechtere Möglichkeiten zur Teilnahme armer Länder am Handel, werden unzählige in Armut lebende Menschen von ihren einheimischen und den globalen Märkten ausgeschlossen bleiben - ohne Chance, von Reformen zu profitieren. Stockt man hingegen lediglich die Entwicklungsfinanzierung auf - ungeachtet der Qualität der Unterstützung und unter Verzicht auf Handelsreformen - macht man die

Entwicklungsländer - an erster Stelle Afrika - anfälliger für Wirtschaftsschocks und treibt sie immer tiefer in die Verschuldung. Mit anderen Worten: Dieser Bericht soll aufzeigen, dass weder verstärkte Entwicklungsförderung noch fairer Handel für sich allein genügend Wirkung zeigen werden. Im Kampf gegen die Armut ist beides notwendig.

Die nullkommasieben Kampagne und die KOO vertreten auch die Auffassung, dass die ungleiche wirtschaftliche und politische Machtverteilung im Entwicklungsverhältnis zwischen dem Norden und dem Süden die Qualität von Entwicklungszusammenarbeit und armutsorientierten Maßnahmen unterminiert. Um Armut nachhaltig und umfassend zu reduzieren und den benachteiligten Ländern die Chance auf eine eigenständige menschliche und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, müssen die Geberländer an den ungerechten Machtstrukturen ansetzen und sich zu echter Partnerschaft bekennen. Die Millenniums-Entwicklungsziele bieten die Chance, unter dem Ziel 8: „Eine Globale Partnerschaft im Dienste der Entwicklung zu schaffen“ die notwendigen strukturellen Veränderungen einzufordern.

Die Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele

Die Erhöhung der Mittel für Entwicklungsfinanzierung ist ein Schlüsselement, um armen Ländern das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele zu ermöglichen. Trotz abweichender Schätzungen gehen alle davon aus, dass eine Verdopplung der gegenwärtig für Entwicklungsfinanzierung bereit gestellten Mittel notwendig ist, um die Ziele zu erreichen. Von der Zielmarke 2015 trennen uns nur mehr zehn Jahre - bislang ist es der Gebergemeinschaft nicht gelungen, sich auf zusätzliche Mittel sowie auf deren Quellen zu verständigen. Während die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) eine Erhöhung ihrer Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bis 2006 auf mindestens 0,33% des BNE anstreben, sind viele Länder vom Erreichen selbst dieses Minimums noch meilenweit entfernt. Vorschläge zur Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen durch die Einführung eines globalen Steuersystems - wie die Devisentransaktionssteuer - werden zurückhaltend aufgenommen. Zwischen den Geberländern fehlt nach wie vor ein Konsens darüber, welche Maßnahmen ein

Empfängerland umsetzen muss, um seine Verpflichtung zur „Armutsbekämpfung, guter Regierungsführung und Wirtschaftsreform“ unter Beweis zu stellen.

Vor sechs Jahren stellten die TeilnehmerInnen des G-7-Gipfels in Köln den hoch verschuldeten armen Ländern (Highly Indebted Poor Countries - HIPC) Schuldenerleichterungen in Höhe von 100 Mrd. US \$ im Rahmen eines Programms zur Erreichung „tragfähiger“ Schuldenlast in Aussicht. Bislang wurde jedoch nicht einmal ein Drittel der zugesagten Summe gestrichen. Nach Angaben der Weltbank haben die meisten Schuldnerländer nicht von der HIPC-Initiative profitieren können.

Dieser Bericht skizziert neue, umsetzbare Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele. Die Finanzierungslücke bei der Erreichung der MDGs in benachteiligten Regionen sollte mit Hilfe von Entschuldung und Fördermitteln geschlossen werden. Eine vorrangige Umsetzung in Form von Schuldenerlass verbessert die Eigenverantwortung des Empfängerlandes und die langfristige Vorhersehbarkeit der Mittelflüsse als unerlässliche Voraussetzungen eines erfolgreichen Geber-Empfänger-Verhältnisses.

Gleichzeitig müssen die Mittel für Entwicklungsförderung massiv und zügig aufgestockt werden. Sollen die Entwicklungsziele erreicht werden, müssen die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) nur an die Regierungen der Länder Afrikas südlich der Sahara auf 40 Mrd. US-Dollar jährlich mehr als verdoppelt werden. Weltweit müssten mehr als 50 Mrd. US-Dollar bereit gestellt werden.

Sollen die Erfolge nachhaltig sein, muss sich auch das Verhältnis zwischen Gebern und Empfängerländern grundlegend ändern. Die nullkommasieben Kampagne und die KOO plädieren für ausgewogenere Rahmenbedingungen für die Entwicklungszusammenarbeit auf der Grundlage einer gerechter gestalteten Partnerschaft zwischen den Geberländern und den Entwicklungsländern.

Die Verpflichtungen müssen wechselseitig sein. Wollen Geberländer die Regierungen der armen Länder zur Rechenschaft ziehen, müssen auch sie den Nachweis erbringen, dass sie ihre Zusagen halten. 2002 verpflichteten sich die OECD-Länder zur Bereitstellung der fehlenden Mittel zur Erreichung der MDGs für diejenigen Länder, die „sich ernsthaft zu Armutsbekämpfung, guter Regierungsführung und Wirtschaftsreformen verpflichten“. Knapp drei Jahre später zeichnet sich ab, dass dies leere Versprechungen waren.

Der Welthandel

Viele afrikanische Staaten konnten von den derzeitigen internationalen Handelsregeln nicht profitieren. Studien der Weltbank und des UN-Development Programme (UNDP) belegen, dass die Uruguay-Runde, die zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) führte, mit ihren Machtungleichheiten, der einseitigen Agenda und der Vernachlässigung der Entwicklungsergebnisse die Situation in Afrika noch verschlimmert hat.¹

2001 riefen die WTO-Mitgliedsstaaten die Doha-„Entwicklungsrunde“ aus. Die Welthandelsvereinbarungen sind bislang indes kaum von der Stelle gekommen. Die reichsten Handelsnationen der Welt gebärden sich überaus zurückhaltend bei der Vereinbarung handelspolitischer Änderungen zugunsten der Entwicklung in benachteiligten Regionen.

Nichts zeigt dies deutlicher als die massive Unterstützung und der Schutz, den die Industriestaaten ihrer Landwirtschaft gewähren. Bei den laufenden WTO-Verhandlungen sind die Agrarsubventionszahlungen vordringliches Thema. Gleichwohl wenden die reichen Länder alle nur erdenklichen Tricks an, um an den Subventionen festzuhalten, statt sich glaubhaft zur Aufgabe ihrer Praxis zu verpflichten, ihre subventionierten Produkte zu Dumpingpreisen auf die Märkte der armen Länder zu werfen.

Und doch ist die Einstellung der Subventionspraxis der Industrieländer nur ein Teil der Veränderungen, die stattfinden müssen, damit viele Entwicklungsländer erfolgreiche Strategien zum Kampf gegen die Armut umsetzen können.

Der Agrarsektor birgt das größte Potential zur Armutsbekämpfung und zur Erreichung armutsorientierten Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern. Handelspolitiken, die sich schlichtweg über die Interessen der ärmsten und schutzbedürftigsten ErzeugerInnen der Welt hinwegsetzen, untergraben dieses. Das Insistieren der Industrieländer auf der Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern geht mit rückläufigen Hilfeströmen und restriktiven Geberpolitiken einher - ein Verhalten, das die Vitalität des Agrarsektors und das Leben der Bedürftigsten in den meisten Ländern des Südens massiv bedroht.

Die Möglichkeiten für diese Regionen, Handel zu treiben und davon zu profitieren, werden durch eklatante Missstände wie völlig unzureichende Infrastrukturen sowie Welthandelsstrukturen, die den Kontinent in eine schier unentrinnbare „Rohstofffalle“ drängen, gravierend beeinträchtigt. Die Geberländer stellen vorrangig Mittel für Gesundheit und Bildung bereit und haben dabei eine kohärente ländliche Entwicklung vernachlässigt.

Soll die Doha-Runde die Entwicklungsländer zur Erreichung des 2015-Ziels der Halbierung der Armut befähigen, muss Entwicklung das vorrangige Thema auf der Agenda der internationalen Handelsgespräche sein. Bislang ist dabei allenfalls ein Sammelsurium kleiner Zugeständnisse und Übergangsfristen, gekoppelt an ein eher pauschales Liberalisierungskonzept, zustande gekommen. Und schlimmstenfalls diene „Entwicklung“ als leere Worthülse zur Verschleierung eines merkantilistisch geprägten „Business as usual“. Die Annahme, die extreme Armut in den Entwicklungsländern ließe sich bis 2015 ohne Revision der Vorstellungen der Industrieländer von Handel und Entwicklung halbieren, ist schlicht illusorisch.

Schlussfolgerung

Die Kosten der Umsetzung der notwendigen Veränderungen in Entwicklungsfinanzierung und Handelspolitik sind erschwinglich. Was jedoch fehlt, ist der politische Wille.

Der durchschnittliche Betrag, mit dem die Europäische Union eine europäische Kuh subventioniert, übersteigt das Einkommen eines Durchschnittsafrikaners. Dieses

Rindfleisch und andere subventionierte Agrarprodukte wirft die EU sodann zu Dumpingpreisen auf die afrikanischen Märkte, wo sich die meisten Afrikaner mühsam ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Die Handelsregeln der Industrienationen drängen Afrika in die Rolle des Rohstofflieferanten, während die Entwicklungshilfeleistungen kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sind und zunehmend eine Form annehmen, durch die Investitionen in die Produktivität der Volkswirtschaften der Länder südlich der Sahara vernachlässigt werden.

Aus moralisch-ethischer Sicht lässt sich diese Situation durch nichts rechtfertigen. Wirtschaftlich betrachtet sind die Kosten der Industrieländer für die Herbeiführung des notwendigen Wandels vergleichsweise gering. Hier ist eine politische Entscheidung gefragt. Reklamiert die reiche Welt weltweite Führungsrolle, muss sie auch die damit einhergehende Verantwortung übernehmen. Niemand von uns in den reichen Ländern darf sich seiner Verantwortung für die Bereitstellung jener Mittel entziehen, die nötig sind, um verarmte Länder und Bevölkerungsgruppen aus ihrer Not zu befreien. Um diese Entscheidung geht es für uns im Jahr 2005.

Gerechtigkeit statt Almosen

Aufruf zu einem grundlegenden Politikwechsel zur Reduktion der Armut in benachteiligten Regionen im Jahr 2005 Am Beispiel Afrikas

Einleitung

Beim Millenniums-Gipfel der UNO im Jahr 2000 bekannten sich die Staats- und Regierungschefs dieser Welt zu den so genannten Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) und versprachen, insbesondere mit Blick auf Afrika „Sondermaßnahmen zu ergreifen, um den Herausforderungen der Armutsbeseitigung und nachhaltigen Entwicklung in Afrika zu begegnen - einschließlich Schuldenerlass, Verbesserung des Marktzugangs [und] Verstärkung von Entwicklungshilfe.“ⁱⁱ

Nach heutigem Stand werden die MDGs nicht erreicht. Vor allem die Länder Afrikas südlich der Sahara hinken hinterher. Ringen sich die reichen Länder nicht zu einer drastischen Veränderung ihrer Politik entsprechend ihren Verpflichtungen durch, stehen für die meisten Entwicklungsziele die Chancen auf Realisierung ausgesprochen schlecht.¹ Wir sind der Auffassung, dass die schleppende Verabschiedung von Politiken zur Erreichung der Ziele seitens der reichsten Regierungen und Institutionen der Welt nicht hinnehmbar ist.ⁱⁱⁱ Im Folgenden wird eine Reihe praktischer Maßnahmen vorgestellt, die eingeleitet werden müssten, wenn das Bekenntnis zu den MDGs ernst genommen werden soll. Das erste Kapitel plädiert für eine neue Form der Entwicklungspartnerschaft zwischen Afrika und der internationalen Gebergemeinschaft. Das zweite Kapitel erläutert dann den zusätzlichen Bedarf auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung und skizziert einen Finanzierungsrahmen, der in den Plänen der internationalen Geberländer bislang fehlt. Abschließend werden die für die flächendeckende, nachhaltige Armutsbekämpfung in Afrika unerlässlichen Welthandelsreformen dargestellt.

MDGs -ein Schritt in die richtige Richtung^{iv}

Die MDGs sind ein wichtiger Zielkatalog, der dazu dienen kann, Armut und Ungerechtigkeit erneut zu einem international diskutierten Thema zu machen. Sie sind global, messbar, nachvollziehbar und rufen insbesondere zu einer globalen Partnerschaft auf. In dieser Hinsicht wurden sie von der Zivilgesellschaft begrüßt. Dennoch könnten die MDGs ernsthafte Negativwirkungen haben, die in der Politikentwicklung berücksichtigt werden müssen.

Die nullkommasieben Kampagne und die KOO halten das Ziel der Halbierung des Anteils der in Armut lebenden Menschen für unzureichend. Sie streben vielmehr an, Armut vollständig zu beseitigen und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Darüber hinaus könnte eine enge Interpretation der MDGs eine Reihe von Problemen hervorrufen: „Top down“ Zugänge, die zur Erreichung der globalen Ziele entworfen werden anstatt nationale Prioritäten zu berücksichtigen, Schwerpunkt auf rascher Umsetzung statt Qualität, keine Unterscheidung zwischen „Best Practice“ und „Bad Practice“ (z.B. Armutsreduzierung nur für bestimmte ethnische Gruppen oder umstrittene Privatisierungen von Basisdiensten ohne Berücksichtigung von Langzeitwirkungen).

Die nullkommasieben Kampagne und die KOO bestehen darauf, dass die Geberländer diese Punkte in der Umsetzung berücksichtigen und dem Prozess gleiche Bedeutung wie den Zielen einräumen. Sich auf die eine Zielerreichung zu beschränken würde Schlüsselbereiche wie Partizipation und „Empowerment“ vernachlässigen, die zwar schwer zu messen aber essentiell für Entwicklung sind.

ENDEBOX

Wo wir stehen

Nach derzeitiger Sachlage können jedoch nicht einmal die MDGs erreicht werden. Der Fortschritt in der Umsetzung der MDGs war bislang schrecklich langsam. Global gesehen lässt sich der Fortschritt in 130 Entwicklungsländern über breit gefasste Sektoren menschlicher Entwicklung schwer zusammenfassen. Das Millennium Projekt unter der

¹ MDG-Fortschrittsbericht der UNO

Führung von Jeffrey Sachs hat die folgenden regionalen Trends gegenüber der Erreichung der MDGs festgestellt:

- Selbst in den rasch wachsenden Wirtschaftsräumen Ostasiens hinkt die Umsetzung in vielen Dimensionen der Armutsreduzierung nach: Gesundheit, Gendergerechtigkeit, Basisinfrastruktur und nachhaltige Umweltentwicklung.
- In Lateinamerika ist das Ausmaß extremer Armut viel geringer als in Asien, tatsächlich waren die Fortschritte in der Reduzierung extremer Armut jedoch sehr eingeschränkt und Umweltprobleme bleiben nach wie vor gravierend.
- In West Asien nimmt die Armut zu, mit lediglich langsamen Schritten in Gendergerechtigkeit und zunehmender Bedrohung durch Rückkehr von Malaria und zunehmenden HIV- Infektionen und AIDS.
- In Südasien ist Geschlechterdiskriminierung schwerwiegend und anhaltend, Bildungsniveaus bleiben nach wie vor zu niedrig. Gesundheitsprobleme, insbesondere die hohe Müttersterblichkeit, stellen Hindernisse für die Entwicklung dar.
- In Afrika südlich der Sahara ist der Großteil der Länder vom Erreichen der meisten Ziele weit entfernt. Die Region befindet sich in einer tiefen Armutsfalle, die das Epizentrum der Entwicklungskrise der Welt darstellt².

Afrikas realistische Perspektive zur Erreichung der MDGs

MDG 1a - *Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, bis 2015 halbieren* - lässt sich nach derzeitiger Sachlage nicht vor dem Jahr **2147** realisieren!

MDG 1b - *Den Anteil der Menschen, die Hunger leiden, halbieren*

„Ein Zeitpunkt lässt sich nicht bestimmen, da sich die Situation in der Region weiterhin verschlimmert.“ Dies wäre also wohl eine eher vage Hoffnung für das nächste Jahrhundert.

MDG 2 - *Bis 2015 Grundschulbildung für alle Kinder gewährleisten* - wird sich nachzeitigem Stand frühestens im Jahr **2129** realisieren lassen.

MDG 3 - *Bis 2005 die unterschiedliche Behandlung der Geschlechter in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen* - Ziel bereits verfehlt.

MDG 4 - *Bis 2015 die Kindersterblichkeit um zwei Drittel senken* - lässt sich nach derzeitiger Sachlage bis **2165** umsetzen.

MDG 7a - *Den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser halbieren* - könnte nach derzeitiger Sachlage zwischen **2020** und **2050** verwirklicht werden.

MDG 8: Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen

Für die nullkommasieben Kampagne und die KOO ist Partnerschaft im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit eine Beziehung, die wir aus freien Stücken mit ähnlich ausgerichteten Entwicklungsorganisationen im Süden eingehen, geleitet von einer gemeinsamen Vision einer von Gerechtigkeit geprägten menschlichen Gesellschaft, in deren Lichte wir uns wechselseitig zum Teilen verpflichten.

Ungeachtet der Lippenbekenntnisse der Geberländer zu Partnerschaften mit den Regierungen der Empfängerländer ist es den Gebern in der Regel wohl nicht wirklich klar, was es bedeutet, partnerschaftlich zu arbeiten. Ihre Finanzmittel für Projekte und Programme sind gewöhnlich zweckgebunden und an detaillierte Auflagen und institutionelle Kontrollen gekoppelt. Dies unterminiert die Rechenschaftsfähigkeit von Regierungen gegenüber der eigenen Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlichen Vertretern. Gebundene Hilfeleistungen demotivieren die Empfänger, gegenüber ihren BürgerInnen Rechenschaft ab- und Transparenz an den Tag zu legen und untergraben ihre Fähigkeit, öffentliche Mittel den wahren Zielgruppen - den Armen - zuzuwenden. Die Geberländer sollten die unzähligen zwingenden Belege dafür, dass die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bislang weder zu armutsorientierten Ergebnissen geführt, noch die von den Gebern angestrebten politischen Reformen gezeitigt haben, ernst nehmen.^v

² Millennium Project – A global Plan to Achieve the Millennium Development Goals [preliminary draft]

Wiederholt haben sich Geber in den Kommunikués der G-8-Staaten - eine Gruppe von acht der reichsten Länder der Welt - zu einer verbesserten Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit und Abstimmung ihrer Förderpolitiken bekannt. Ihre bisherigen Erfolge indes sind mehr als kläglich. Es gibt Schätzungen, nach denen Regierungen der Empfängerländer etwa die Hälfte ihrer Zeit für Aktivitäten im Rahmen ihrer Beziehungen zu den Geberländern statt für die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung aufwenden.^{vi}

Es bedarf eines neuen Verhältnisses zwischen Geber- und Empfängerländern - in Bezug auf Entwicklungsfinanzierung ebenso wie auf Handel und Verschuldung. Ärmeren Ländern und verarmten Gemeinwesen ist bei wichtigen Entscheidungen, die ihr Leben und ihre Wirtschaft betreffen, ein größeres Mitspracherecht einzuräumen. Nachhaltiger Erfolg der Entwicklung in Afrika hin zu einem Zustand, bei dem sich die Regierung des Empfängerlands gemeinsam mit zuständigen Institutionen um fortschreitende Zugewinne an menschlicher Entwicklung bemüht, erfordert unseres Erachtens ein Abrücken der Geberländer von ihren paternalistischen oder selbstsüchtigen Ansätzen, die das Geber-Empfänger-Verhältnis bislang weitgehend prägten.

Die Geberländer könnten durchaus von dem lernen, was Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unter Partnerschaft verstehen: Einige dieser Organisationen haben inzwischen erkannt, dass die stärkere Einbindung verarmer Bevölkerungsgruppen und anderer Zielgruppen für die Realisierung zukunftsfähiger Entwicklung unerlässlich ist. Die nullkommasieben Kampagne und die KOO plädieren für die Umsetzung der nachstehenden Grundsätze^{vii} und praktischen Maßnahmen, wenn die internationale Gemeinschaft echte Partnerschaften im Dienste der Entwicklung aufbauen und die Entwicklungsziele erreichen will:

- **Entwicklungspartnerschaften funktionieren am besten auf der Basis des Grundsatzes gemeinsamer Verpflichtungen.** Die Millenniums-Erklärung beinhaltet bestimmte Verpflichtungen für die Geber- und Empfängerländer auf der Grundlage gemeinsamer Ziele. Derzeit existiert, wenn überhaupt, nur ein unzureichendes Instrumentarium, um die Geber in Bezug auf die Einhaltung ihrer Zusagen gegenüber den

Empfehlung an die Geberländer:

Voraussetzung für eine glaubwürdige Entwicklungspartnerschaft ist, dass Geberfinanzierung und Politikinstrumente wie Auflagen für Budgetunterstützung oder Kredite aus der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility - PRGF) des IWF im Rahmen eines Dialogs und einheimischer Planungsprozesse zustande kommen. Sie sollten die in Zusammenarbeit mit gesetzgebenden Körperschaften, der Privatwirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Glaubensgemeinschaften festgelegten Armutsbekämpfungsziele der Empfängerländer ergänzen. Während bislang Geber die Sanktionen - allzu häufig in Form der Aussetzung der Hilfsmaßnahmen - diktieren, sollten diese nach Meinung von der nullkommasieben Kampagne und der KOO wechselseitig, nicht diskriminierend und vorhersehbar sein. Mit anderen Worten: Sanktioniert werden sollte auch das Versäumnis der Geber, ihre Verpflichtungen einzuhalten.

- **Sollen Entwicklungspartnerschaften ärmeren Gemeinschaften zugute kommen, müssen sie nach dem Subsidiaritätsprinzip gestaltet werden.** Im Entwicklungskontext bedeutet Subsidiarität: Maßnahmen und Politiken greifen dann besser, wenn sie auf der Ebene der Zielgruppen gestaltet werden und diese sich damit identifizieren. Subsidiarität setzt voraus, dass im Mittelpunkt der Entwicklungspolitiken und -massnahmen die Interessen der Verarmten und Marginalisierten stehen. Das Geber-Empfänger-Verhältnis funktioniert vermutlich besser auf der Basis eines gleichberechtigten Dialogs zwischen mündigen Partnern unter Verzicht auf die Bevormundung, welche den Umgang der Geberländer mit Regierungen der Empfängerländer allzu oft prägt. In dem jeweiligen Land sollte eine größere Gruppe aufgeklärter Anspruchsgruppen in offene, zyklische und partizipatorische Planungsprozesse eingebunden werden.

Empfehlung an die Geberländer:

Entscheidungen über die strategische Ausrichtung des Verhältnisses zwischen Geber- und Empfängerseite sollten in größeren Foren an runden Tischen zwischen Geberländern, Regierungen, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Parlamentariern gemeinsam getroffen werden.

- **Empowerment - Artikulation der Interessen und Teilhabe - und die Einbindung zahlreicher heimischer Ziel- und Anspruchsgruppen in die Politikgestaltung erfordern Transparenz und Aufklärung.**

Bislang finden Verhandlungen zwischen Regierungen von Geber- und Empfängerländern hinter verschlossenen Türen im kleinen Kreise statt. Häufig werden Entscheidungen mit weit reichenden Folgen für die Nationen über die Köpfe von Parlamentariern oder sonstigen authentischen Vertretern armer Bevölkerungsgruppen hinweg getroffen. In einem ersten Schritt müssen Geber bilateraler Hilfe Informationen über Entwicklungsfinanzierung, Entwicklungspolitiken und bilaterale Programme der Öffentlichkeit zugänglich machen und verbreiten.^{viii}

Empfehlung an die Geberländer:

Die Geberländer sollten verantwortliche Wege der Kreditvergabe und –aufnahme entwickeln durch Offenlegung künftiger und bereits bestehender Kreditvereinbarungen. Sie sollten mögliche Optionen zur Entwicklungsfinanzierung öffentlich bekannt geben.

Ein Finanzierungsrahmen für die MDGs: Fördermittel und Entschuldung

Das gegenwärtige System der Entwicklungsförderung krankt daran, dass für zu viele Prioritäten und Zusagen der Geberländer zu wenig Geld zur Verfügung steht. Auf dem G-8-Gipfel im kanadischen Kananaskis in 2002 gelobten die Geber Afrika gegenüber, dass „keinem Land, das sich ernsthaft zu Armutsbekämpfung, guter Regierungsführung und Wirtschaftsreformen verpflichtet, aufgrund mangelnder Finanzmittel die Chance verwehrt

wird, die Millenniums-Ziele zu erreichen“ [G-8-Aktionsplan für Afrika]. Knapp drei Jahre später erweist sich diese Zusage als leeres Versprechen.

Bislang haben die Geberländer weder Aufschluss über die mögliche Herkunft noch über die Vergabeform der benötigten Finanzmittel gegeben. Und es fehlt nach wie vor an Kriterien zur Beurteilung, ob sich ein Land „ernsthaft zu Armutsbekämpfung, guter Regierungsführung und Wirtschaftsreformen verpflichtet“ hat.

Die Geberländer müssen vordringlich eine Strategie zur Finanzierung der MDGs entwickeln, in der sie die Bedingungen für die Bereitstellung zusätzlicher Entwicklungsfinanzierung, die entsprechenden Quellen sowie die Länder festlegen, die sich dafür qualifizieren. Das folgende Kapitel listet eine Reihe der Elemente auf, die in einen neuen Finanzierungsrahmen einfließen sollten. Zunächst muss jedoch das Ausmaß dieser Herausforderung konstatiert werden.

TITEL: Die Herausforderung „Entwicklung“ zu Zeiten von Armut und HIV/AIDS

In Sambia wurde vor kurzem das Schulgeld für den Grundschulbesuch abgeschafft. Häufig sitzen in einer Klasse mehr als 100 Kinder. Das Problem, genügend neue LehrerInnen ausbilden und neu einstellen zu können, verschärft sich durch die Ausbreitung der HIV/AIDS-Epidemie. Die Regierung wird in einigen Gebieten den Lehrkörper um 25% aufstocken müssen, nur um die der Krankheit bereits zum Opfer gefallenen oder davon betroffenen Kollegen ersetzen zu können.

Der Finanzierungsbedarf für die MDGs

Während soziale und politische Faktoren als kritisch erkannt werden, um ein günstiges lokales politisches Klima für die MDGs zu schaffen, ist die Rolle zusätzlicher finanzieller Mittel absolut zentral.

Nach Einschätzung des Berichts *Millennium Development Goal Needs Assessment* beträgt der Bedarf der drei untersuchten Länder Uganda, Tansania und Ghana an zusätzlicher Unterstützung von außen zur Erreichung der MDGs etwa 50 US-Dollar jährlich pro Kopf der Bevölkerung. Durch Extrapolation dieses Durchschnittswerts (unter Berücksichtigung der Bevölkerungswachstumsprognosen) schätzt CIDSE den Bedarf der Länder Afrikas südlich der Sahara an Hilfeleistungen aus dem Ausland auf jährlich mehr als 40 Mrd. US-Dollar und damit auf mehr als das Doppelte der 18 Mrd. US-Dollar, die ihnen 2002 zuflossen. Diese Schätzung stimmt mit jener der Afrikanischen Entwicklungsbank in ihrem Bericht *Global Poverty Report 2002* - in Höhe von 38 Mrd. US-Dollar - und der vorläufigen, eher niedrig angesetzten Größenordnung von 41-72 Mrd. US-Dollar im Entwurf des Millenniums-Projekts (*Global Plan to Achieve the Millennium Development Goals*) überein.

Weitgehend erhärtet wird die Schätzung durch die auf unterschiedlichen Quellen basierende Länderfallstudie der britischen Entwicklungsorganisation CAFOD (siehe Abb. 1).^{ix}

Empfehlung an die Geberländer:

- **Die reichsten Länder der Welt müssen ihre Unterstützung für die Armutsbekämpfungsprogramme der afrikanischen Staaten auf mindestens 40 Mrd. US-Dollar pro Jahr aufstocken, wenn Afrika südlich der Sahara eine Chance zur Erreichung der MDGs haben soll.**

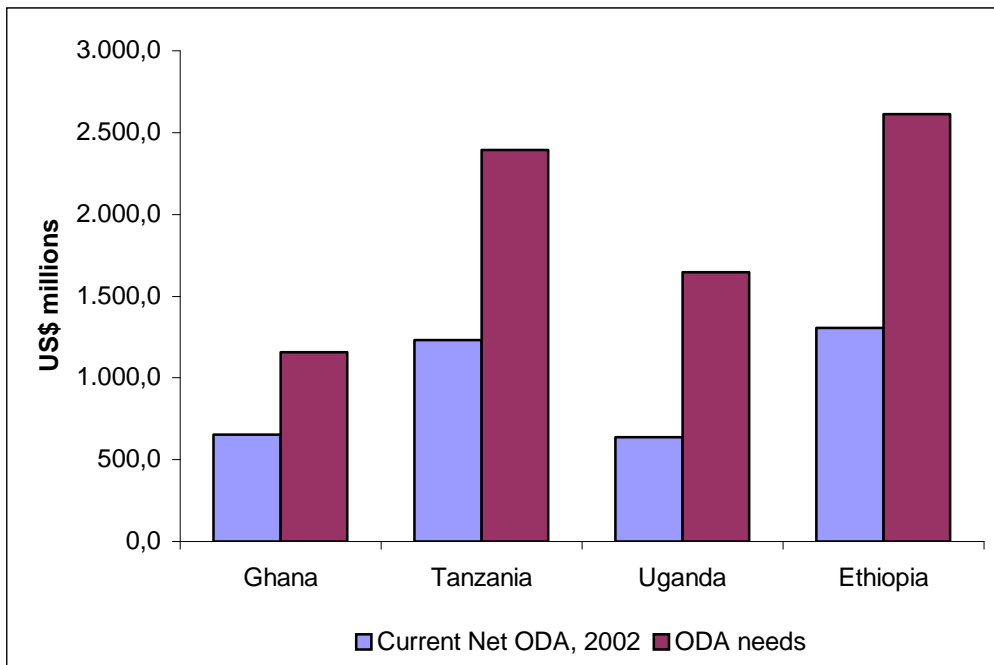


Abb. 1. Hochgerechneter jährlicher Bedarf an ODA-Leistungen zur Erreichung der MDGs
 Current Net ODA= gegenwärtige Nettosumme öffentlicher Entwicklungsfinanzierung
 ODA needs = Bedarf an ODA-Leistungen

Der einzig gangbare Weg zur Finanzierung der MDGs für Afrika ist die Erhöhung der ODA-Leistungen. Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD schätzt das gesamte Leistungspaket für die Länder Afrikas südlich der Sahara - inklusive Zuschüsse und neue Kredite - auf derzeit rund 18 Mrd. US-Dollar pro Jahr.^x

Finanzierungsquellen für die MDGs

Um Empfehlungen zu Form und Stoßrichtung von Reformen in Entwicklungsfinanzierung und Schuldenpolitik zur Verwirklichung der MDGs abgeben zu können, müssen vordringlich die Quellen der Finanzierung und ihr Beitrag zur Zielerreichung untersucht werden.

Die Quellen, auf die einkommensschwache Länder zur Überbrückung ihrer Finanzierungslücken realistisch zugreifen können, sind begrenzt. Zur Verfügung

stehen ihnen ihr eigenes Steueraufkommen, Investitionen der Privatwirtschaft aus dem In- und Ausland, Überweisungen von Löhnen aus dem Ausland, der Handel sowie Kapitalzuflüsse in Form öffentlicher Fördermittel und Schuldenreduktion. Etliche dieser Quellen hängen von dem Wirtschaftswachstum in Afrika und in anderen Teilen der Welt ab. Die Herausforderung besteht in der ausgewogenen Kombination der unterschiedlichen Finanzierungsquellen in der Weise, dass die Erreichung der MDGs in greifbare Nähe rückt.

Während Finanzmittel aus der Privatwirtschaft einen maßgeblichen Teil des Ressourcen-Mix bilden müssen, stellen die Mittel aus öffentlichen Quellen – sprich Fördermittel, Schuldenerlass und neue Kredite – für die Mehrheit der einkommensschwachen Länder den Hauptteil der Kapitalflüsse dar.^{xi} Es gilt also, nicht nur das Volumen der öffentlichen Kapitalflüsse, sondern auch deren Effektivität als Hilfs- und Entwicklungsinstrumente zu überprüfen.

Meint es die Gebergemeinschaft ernst mit ihrer Verpflichtung zu den MDGs, so ist es mit der Sicherstellung ausreichender Mittel allein nicht getan. Die Finanzierungsinstrumente müssen auch hinreichend vorhersehbar und flexibel an den Bedarf einkommensschwacher Länder anzupassen sein. Derzeit sind die Finanzflüsse der Geber jedoch kaum berechenbar, sondern um ein Vierfaches unbeständiger als das Steueraufkommen der Empfängerländer.^{xii}

TITEL: Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen für Armutsbekämpfung ?

Statistiken der Österreichischen ODA Meldungen zeigen große Schwankungen der Gesamthöhe der offiziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Rückgänge in den letzten Jahren (s. Abb. 2a). Die Abhängigkeit der verfügbaren Mittel von jährlichen Budgetentscheidungen und Aufsplitterung auf viele Ministerien limitiert die Planbarkeit. Darüber hinaus kommt nur ein Teil der Mittel direkt den Menschen in Entwicklungsländern bzw. Maßnahmen der Armutsreduzierung zu Gute (s. Abb. 2b): in die ODA einberechnet werden u.a. auch indirekte Studienplatzkosten (2002: 37,6 Mio. €) oder Kosten für

Asylwerber (2002: 30 Mio. €) jeweils in einer Größenordnung, die vergleichsweise die Aufwendungen in der bilaterale Programm- und Projekthilfe (PPH) an die Länder Afrikas übersteigt (2002: PPH für Afrika: 27,7 Mio. €; PPH gesamt: 62,3 Mio. €³). Einen großen Anteil an den gemeldeten Mittel nimmt auch die Schuldenreduktion ein (2002: 177 Mio. € oder 32% der ODA).

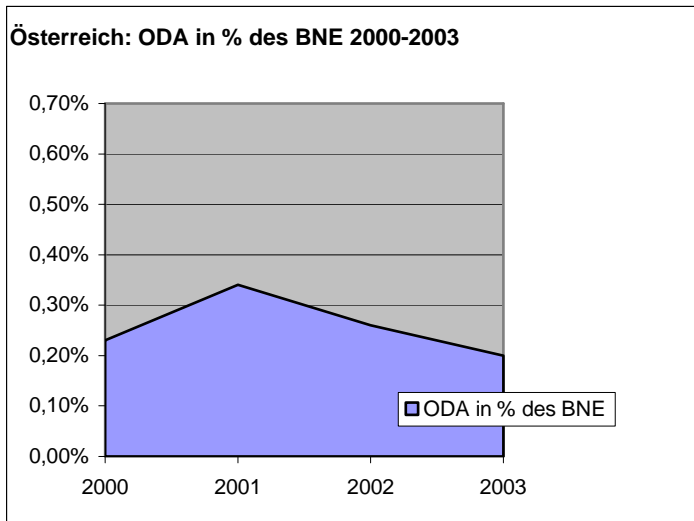


Abb. 2a Österreich: ODA in % des BNE 2000-2003 (Daten: ÖFSE)

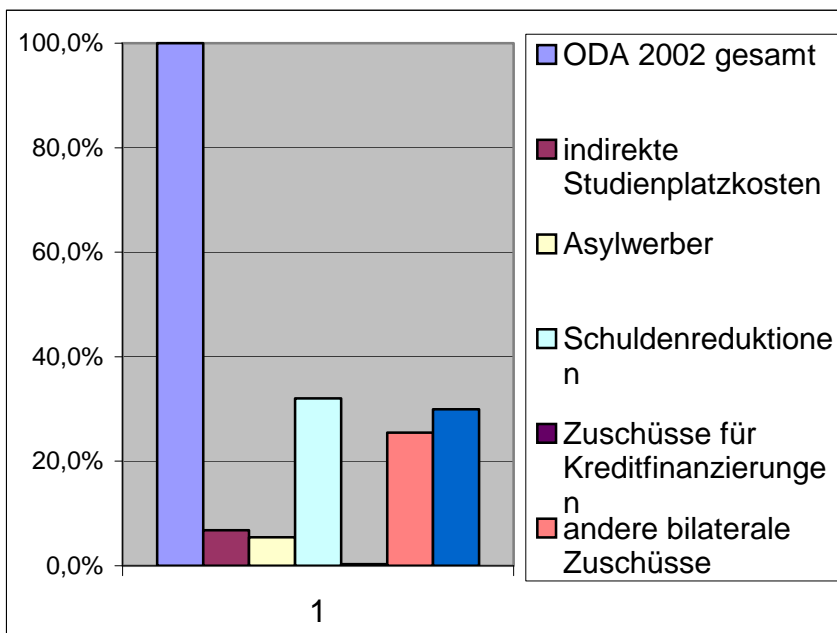


Abb. 2b Teilbereiche der österreichischen ODA 2002 (Daten: ÖFSE)

³ Jahresbericht der ÖEZA 2002

Global gesehen kommt weniger als die Hälfte des Volumens der ODA-Flüsse für Afrika direkt den Staatshaushalten der Empfängerländer netto zugute.

Zudem fließt aus Afrika nahezu ein Viertel der Bruttozuflüsse aus öffentlichen Ressourcen in Form von Schuldendienst und Tilgungen wieder zurück. Diese Situation beschneidet ernsthaft die Fähigkeit dieser einkommensschwachen Länder, eigene Entwicklungsprioritäten zu setzen und zu verfolgen. Vielmehr tauschen die afrikanischen Regierungen ihr eigenes Steueraufkommen, über das sie allein die Kontrolle haben, gegen Entwicklungshilfe ein, die häufig an die Auflagen der Geberländer geknüpft ist.

Empfehlung an die Geberländer:

Die Verbesserung der Wirksamkeit von Hilfeleistungen erfordert zwei Anstrengungen:

- **Die Geberländer müssen sich auf einen Zeitplan verpflichten, der zweierlei sicherstellt: Ihre Finanzierung ist beständig und vorhersehbar und sie unterstützt die Programme zur Armutsreduzierung der Empfängerländer.**
- **Die Zweckbindung und Bedingungen künftiger Finanzflüsse müssen allen beteiligten Ziel- und Anspruchsgruppen in den Empfängerländern offen gelegt werden.**

Entschuldung - ein neuer Ansatz ist gefragt

Auch im Hinblick auf die Entschuldung haben die reichsten Länder der Welt ihre Zusagen gegenüber den Entwicklungsländern ohne Ausnahme gebrochen. Auf dem G-7-Gipfel in Köln 1999 hatten die Staats- und Regierungschef von sieben der reichsten Länder der Welt Schuldenerleichterungen im Umfang von 100 Mrd. US-Dollar in Aussicht gestellt. Bislang sind sie ihnen lediglich in Höhe von 31 Mrd. US-Dollar entgegengekommen. Auch Weltbank und IWF sagten bei ihren Nachfolgekonzferenzen hinreichende Entschuldungsmaßnahmen zu, um die tragfähige Schuldenlast der hoch verschuldeten armen Länder zu erleichtern.

Die HIPC-Initiative, 1996 von Weltbank und Internationaler Währungsfonds initiiert, war dazu gedacht, die Schulden der ärmsten, am höchsten verschuldeten Länder auf ein "tragfähiges" Niveau zu senken. Durch den Druck der weltweiten Kampagne "[Jubilee 2000](#)" (in Österreich die in der KOO beheimatete Kampagne "Erlassjahr 2000") wurde die Initiative 1999 nochmals nachgebessert.

TITEL: Die HIPC-Initiative im Überblick

Durch die HIPC-Initiative sollten die hochverschuldeten Länder dazu befähigt werden, „ihre laufenden und zukünftigen externen Schuldendienstverpflichtungen zur Gänze und ohne weiteren Schuldennachlass, weitere Umschuldungen oder Rückstände zu begleichen, ohne dass damit das Wachstum gefährdet wird.“⁴

Die HIPC-Initiative baut auf den traditionellen Entschuldungsmechanismen auf. Das heißt, dass ein Schuldnerland erst eine Pariser Club-Umschuldung nach den „Naples Terms“ (67 % Erlass) hinter sich bringen muss. Erst wenn diese „traditionelle“ Umschuldung nicht zu einer „tragbaren“ Schuldenlast führt (wobei „tragbar“ ein von den Gläubigern definierter Wert ist.), erhält das Land weitere Nachlässe im Rahmen der Initiative. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um weitere Erlässe des Pariser Clubs sowie erstmals auch um die teilweise Streichung von multilateralen Schulden.

Die erste „Fassung“ der HIPC-Initiative von 1996 (HIPC I) wurde jedoch dafür kritisiert, dass die angenommene Schulden-Tragfähigkeit so hoch war, dass die daraus resultierenden Schuldenerlässe nur geringfügig verringerte Schuldendienste nach sich zogen. Die verbesserte Initiative (HIPC II), von den größten 7 Industrienationen (den sog. G 7) im Juni 1999 beschlossen, ging darüber hinaus. Dabei wurden die Tragfähigkeits-Grenzwerte nach unten revidiert, und man einigte sich darauf, dass Mrd. US-Dollar 50 zusätzlich zu den bisher zugesagten (aber leider bis dato nicht umgesetzten) Mrd. US-Dollar 25 an Schulden gestrichen werden sollen, wenn dabei eine Reihe von Auflagen erfüllt würden.

⁴ World Bank/International Monetary Fund (1999): § 58

Im September 1999 kam dazu eine neue Auflage, die gleichzeitig einen neuen Zugang zur Entwicklungszusammenarbeit bedeutete, nämlich die Erstellung von Armutsverringerungs-Strategie-Papieren (Poverty Reduction Strategy Paper = PRSP), die von der Schuldnerregierung in Konsultation mit der Zivilgesellschaft erstellt werden sollen.

Doch bevor sich der finanzielle Nutzen der erweiterten HIPC II-Initiative beurteilen lässt, muss zunächst ihre Auswirkung auf die HIPC-Länder geprüft werden. Und hier sind allenfalls bescheidene Ergebnisse zu verzeichnen.

- Nach Schätzungen von Weltbank und IWF werden bis zum Abschluss (*Completion Point*)^{xiii} acht bis zehn der von dem Verfall der Rohstoffpreise am stärksten betroffenen HIPC-Länder weitaus höhere Schulden-Export-Quoten aufweisen als die 150 Prozent-Vorgabe der HIPC-Initiative.
- Mehr als die Hälfte der HIPC-Länder wenden rund 15 Prozent ihrer Staatseinnahmen für den Schuldendienst auf.^{xiv}

Die KOO beanstandet seit Jahren, dass die Hauptschwäche der HIPC-Initiative darin besteht, dass sie zur Bewertung der Tragfähigkeit der Verschuldung eines Landes als wenig aussagekräftiges Analyse Kriterium die Schulden-Export-Quote zugrunde legt. Nach unserem Vorschlag müssen in die Schuldentragfähigkeitsanalysen einkommensschwacher Länder zusätzliche Indikatoren der menschlichen Entwicklung mit einbezogen werden. So ist beispielsweise die Kapazität, durch Exporte Devisen zu erwirtschaften, ein wichtiges Element bei jeder Analyse der Tragfähigkeit der in Devisen zu begleichenden Schulden. Für die unter verbreiteter, massiver Armut leidenden einkommensschwachen Länder indes muss die Analyse im Wesentlichen das den Regierungen tatsächlich zur Verfügung stehende Steueraufkommen und den Ausgleich zwischen Erfüllung ihrer Schuldendienstverpflichtungen und der Finanzierung der Armutsbekämpfung bewerten.

Dies vorausgeschickt, räumen wir ein, dass die HIPC-Initiative eine armutsorientierte Entwicklungsfinanzierung bewirkt hat. Gerade weil sie bewiesen hat, dass Schuldenreduktion eindeutige Entwicklungsvorteile zeitigt, fordern die nullkommasieben

Kampagne und die KOO – wie die Entwicklungsländer selbst – auf Entwicklung fokussierte, neue Schuldentragfähigkeitskriterien.

- Die HIPC-Länder, die den Entscheidungszeitpunkt (*Decision Point*)^{xv} der HIPC-Initiative erreicht haben, haben ihre Sozialausgaben um 20 bis 50 Prozent erhöht. Mosambik beispielsweise hat ein kostenloses Impfprogramm für Kinder eingeführt, in Uganda, Malawi und Tansania sowie in ländlichen Gebieten von Benin wurde das Schulgeld für den Grundschulbesuch abgeschafft. Mali, Mosambik und Senegal werden in Kürze ihre Ausgaben zur HIV/AIDS-Prävention aufstocken.
- Die Forderung nach Einbindung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung von Armutsbekämpfungsstrategien (*Poverty Reduction Strategies*) hat zu einer Stärkung des Potentials armer Bevölkerungsgruppen zur Beeinflussung nationaler Prozesse der Ressourcenzuweisung beigetragen.^{xvi}
- Uganda und Mosambik profitierten bereits frühzeitig von Schuldenreduktion und Aufstockung der Fördermittel und weisen seitdem kontinuierlich jährliche Wachstumsraten von über fünf Prozent auf. Zwei Arbeitspapieren des IWF zufolge wirkt sich die Entschuldung positiv auf das Wachstum aus, während konventionelle Formen der Hilfeleistungen keine vergleichbare Dynamik produzieren.^{xvii}

Die Entschuldungsinitiativen, wie die hinter Erlassjahr 2000 stehenden Gruppen, plädieren unbeirrt für weiter gehende Schuldenerleichterungen als effizientes und wirksames Mittel zum Ressourcentransfer. Entschuldung hat gegenüber traditioneller Entwicklungshilfe bestimmte Vorteile. Einmal zugesagt, ist sie auch berechenbar. Nach einem Arbeitspapier des IWF wirkt sie sich antiinflationär aus.^{xviii} Die Abschreibung von Schulden kann zudem den Druck von einheimischer Kreditaufnahme nehmen, die Verfügbarkeit einheimischer Kredite erhöhen und sie verbilligen und auf diese Weise die Wirtschaft ankurbeln. Durch die Bereitstellung einer *de facto*- Haushaltsentlastung kann Schuldenerlass die Transaktionskosten der Geber senken und die Rechenschaftspflicht vor Ort und gute Regierungsführung verbessern.

Kern der Debatten zwischen den Verfechtern eines Schuldenerlasses und den Gläubigern sind die Kriterien zur Messung der Tragfähigkeit ("*sustainability*") der Schulden. Im Grunde

geht es um den Zweck der Erleichterungen. Unter den Gläubigern ist das Schuldenerlassziel im Zuge der HIPC-Initiative inzwischen überhaupt nicht mehr klar.^{xix} Für die Gläubiger schloss der Zweck der Einführung einer *erweiterten* HIPC-Initiative die Bereitstellung zusätzlicher Anreize und Mittel zum Kampf gegen die Armut mit ein. Für die ursprünglichen Architekten der Initiative - Weltbank und IWF - bestand das Hauptmotiv jedoch in einer rein nominellen Schuldentragfähigkeit, die die Schuldnerländer im Wesentlichen zu einer Umschuldung befähigen sollte. Im Rahmen der HIPC-Initiative ist es tatsächlich absolut möglich, dass Länder in die Kategorie "Land mit tragfähiger Verschuldung" eingestuft werden, ohne auch nur einen Cent zum Kampf gegen die Armut zur Verfügung zu haben. Die KOO sieht darin einen Missbrauch des „Tragfähigkeits“-Begriffs.

Als Reaktion auf die anhaltenden Kampagnen von NGOs haben einige maßgebliche Gläubiger – insbesondere die britische Regierung – vorgeschlagen, die Schulden bei Weltbank und IWF für diejenigen Länder abzuschreiben, die den *Completion Point* der HIPC-Initiative erreicht haben. Die nullkommasieben Kampagne und die KOO halten diesen Schritt für unabdingbar, wenn Afrika noch eine Chance zur Realisierung der MDGs haben soll. Aber der Vorschlag hat Grenzen. Einige afrikanische Staaten - allen voran Nigeria - stecken tief in der Schuldenkrise, qualifizieren sich aber nicht zu den gleichen Bedingungen wie andere HIPC-Länder für die Schuldenreduktion. Es bedarf eines neuen Konzepts für Fördermittel und Entschuldung bei dem die Erreichung der MDGs im Zentrum steht, um die gleichberechtigte Behandlung der hoch verschuldeten und der nicht verschuldeten einkommensschwachen Länder sicherzustellen.

Empfehlung an die Geberländer:

Die Gläubiger sollten ihr Entschuldungskonzept zügig einer Neubewertung unterziehen. Dreierlei muss geschehen:

- **Die Forderung nach MDG-Finanzierung muss ein zentrales Element von Schuldentragfähigkeitsanalysen sein. Im Rahmen dieser analytischen Vorgehensweise sollten Länder wie beispielsweise Nigeria in den Kreis der Kandidaten für die Schuldenerleichterung zu vergleichbaren Bedingungen wie andere einkommensschwache Länder aufgenommen werden.**

- **Einzurichten ist ein gerechterer und stärker partizipativ orientierter institutioneller Mechanismus für ein faires und transparentes Entschuldungsverfahren (Fair and transparent arbitration process-FTAP), bei dem nicht mehr allein die Gläubiger das Entscheidungsmonopol über Schuldenreduktion innehaben.^{xx}**
- **Der Kreditvergabe- und Schuldenmanagementprozess muss einen größeren Kreis von Anspruchsgruppen in den Empfängerländern einbeziehen. Geber und Gläubiger müssen Informationen über künftige Finanzflüsse, einschließlich der Vergünstigungsgrade und Einzelheiten über die mit den Regierungen der Empfängerländer getroffenen Vereinbarungen, offen legen.**

Ein Finanzierungsrahmen für die MDG: Auf die richtige Mischung kommt es an

Der weltweite Konsens über die Millenniums-Ziele hat sie zum neuen „goldenen Standard“ globaler Entwicklungszusammenarbeit gemacht. Politik und Leistungen der Geberländer werden zunehmend anhand der globalen Anstrengungen zur Verwirklichung der Ziele gemessen. Die nullkommasieben Kampagne und die KOO schlagen einen gemeinsamen Ansatz zur Finanzierung einkommensschwacher Länder vor: Schuldenerlass für die hoch verschuldeten Länder als effizientes Mittel des entwicklungsorientierten Ressourcentransfers und Vergabe entsprechender Fördermittel an nicht hoch verschuldete, einkommensschwache Länder.

Ausgangspunkt eines jeden MDG-Finanzierungsrahmens muss die Ermittlung der Finanzierungslücken, also des Bedarfs sein, den die Länder nicht aus eigenen Mitteln decken können. Diese Lücken müssen durch Unterstützung von außen überbrückt werden.

Für öffentliche Entwicklungshilfe stehen im Wesentlichen zwei Optionen bereit - Finanzhilfen oder Entschuldung. Die Lücke sollte vorzugsweise mit dem einen oder anderen Mittel geschlossen werden, entsprechend einiger der *best practice*-Indikatoren für das Entwicklungsmanagement. Die Entscheidung darüber, ob die Finanzierung der MDGs

eher in Form von Fördermittel (in Form von Budgetunterstützung, Zuschüssen, Krediten, Projekt- oder Programmhilfen) oder Entschuldungsmaßnahmen erfolgen soll, hängt demnach ab von:

- der Menge und optimalen Mischung aus Kreditaufnahmen und Entschuldung, die ein Land zur Erhöhung seiner Aussichten auf wirtschaftliche Entwicklung benötigt;^{xxi}
- den armutsorientierten Formen des Mitteltransfers und der umsichtigen Verwaltung der öffentlichen Mittel der Regierungen der Empfängerländer;
- den Formen der Entwicklungszusammenarbeit, welche die Vorhersehbarkeit der Mitteltransfers verbessern und die Transaktionskosten und einseitige Rechenschaftspflicht mindern, die allzu oft die Folge der Berichterstattung dieser Regierungen an mehrere Geber sind.

Künftige Schuldentragfähigkeitsanalysen müssen eine Ermittlung des dem Empfänger oder Schuldnerstaat verfügbaren möglichen Nettoeinkommens^{xxii} beinhalten. Es wurden bereits etliche Varianten dieses Modells vorgeschlagen.^{xxiii} Der Grundsatz lautet jedoch, dass bei der Analyse der für die Regierungen noch tragbaren Schuldenlast die Priorität der Finanzierung der Armutsbekämpfung und der MDGs gelten sollte. Dies kehrt die Logik bisheriger Tragfähigkeitskriterien um. Die nullkommasieben Kampagne und die KOO schlagen dazu vor, den Schuldendienst aus den nach Zuweisung der Aufwendungen und Investitionen zur Erreichung der MDGs verbleibenden Mittel zu bestreiten.

Vorläufigen Berechnungen zufolge werden zahlreiche HIPC- und einige nicht hoch verschuldete arme Länder, wie beispielsweise Nigeria, ihre MDG-Finanzierungslücke nicht ohne vollständigen Schuldenerlass und zusätzliche Finanzmittel schließen können.^{xxiv}

Angesichts der Vorteile von Schuldenerleichterungen gegenüber Hilfeleistungen schlagen die nullkommasieben Kampagne und die KOO folgendes vor: Verpflichtet sich die Regierung eines verschuldeten, einkommensschwachen Landes nachweislich zur Aufwendung der Mittel für die Armutsbekämpfung,^{xxv} sollte der Erlass der Schulden vorrangig sein - gefolgt von aufgestockter Unterstützung. Der Gesamtbetrag würde - ob in Form von Fördermittel oder Entschuldung - durch die Zielkostenfestlegung oder die

Finanzierungslücke bestimmt. Dieser Ansatz sollte auf nicht hoch verschuldete Niedrigeinkommensländer ausgedehnt werden, in denen bisherige Finanzflüsse und Staatseinnahmen nicht zur Finanzierung der MDGs ausreichen. In diesen Fällen sollte die Schuldenerleichterung Vorrang haben, gefolgt von einem Mix aus nicht an Auflagen gebundenen Krediten und Zuschüssen.

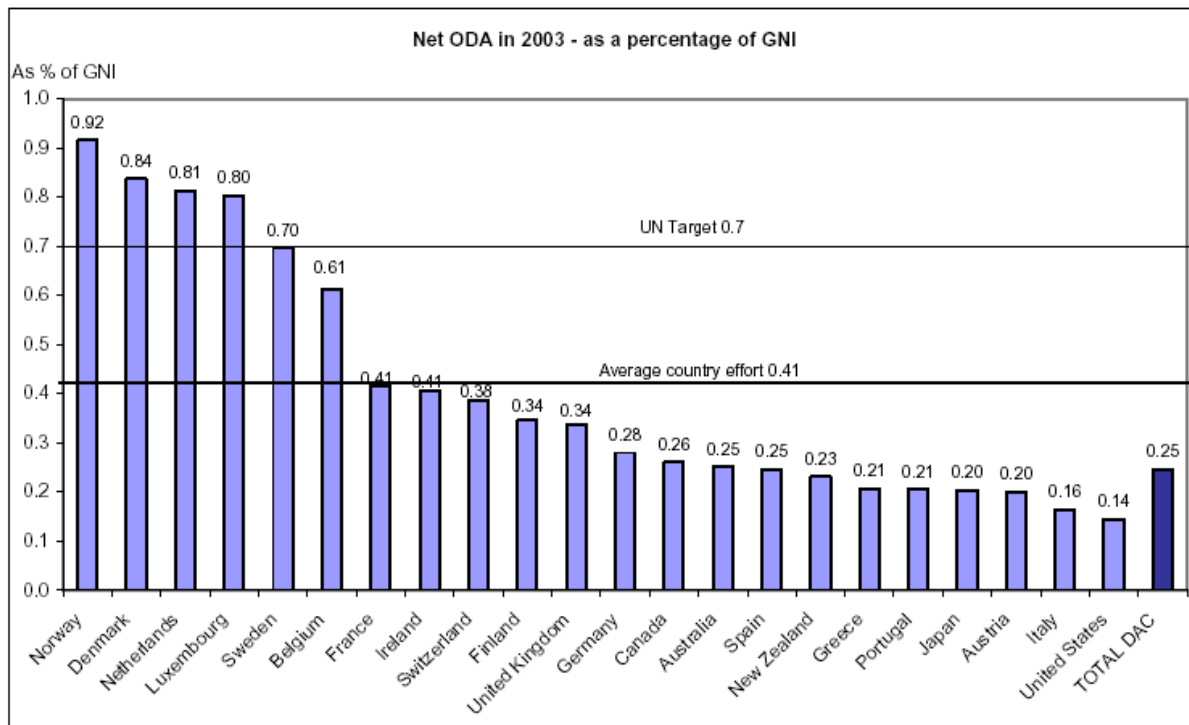
Empfehlung an die Geberländer:

Die Geberländer müssen sich auf einen Finanzierungsrahmen verpflichten, der die MDG-Finanzierungslücke und die zum Schließen der Lücke erforderlichen Finanzquellen ausweist. Die Zugangsberechtigung zu verstärkter Hilfe und Entschuldung sollte an die transparente und rechenschaftspflichtige Verwaltung öffentlicher Finanzmittel und die erweiterte Partizipation einheimischer Anspruchsgruppen bei der Zuweisung der Entwicklungshilfe gebunden sein. Die Ziel- und Anspruchsgruppen müssen authentische Vertreter der Armen einschließen.

Der Bedarf an zusätzlichen, zuverlässigen Finanzmitteln

Die bisherige Unbeständigkeit und Unvorhersehbarkeit der Finanzmittel hemmt die Planung der MDG-Erreichung gravierend. Eine beständigere und vorhersehbare Form der Finanzierung regelmäßiger sozialer Aufwendungen und Investitionen ist deshalb unerlässlich.

Zunächst müssen sich die OECD-Regierungen auf messbare Fristen und konkrete jährliche Haushaltszusagen verständigen, um die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit gemäß ihrem vor nunmehr 35 Jahren abgegebenen Gelöbnis, 0,7 % ihres BNEs für Entwicklung aufzuwenden, zu erhöhen.



Source: OECD, 16 April 2004.

Abb. 3: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Länder 2002 in % des BNE

Die abschließende Frage ist die nach den zusätzlichen finanziellen Quellen zur Schließung der festgestellten Lücken. Dazu wurden den Geberländern bereits etliche Vorschläge vorgetragen.

Die nullkommasieben Kampagne und die KOO plädieren für die Einführung eines weltweiten Steuersystems - insbesondere die internationale Devisenumsatzsteuer (Currency Transaction Tax - CTT).^{xxvi} Die Vorteile einer solchen Abgabe sind vielfältig. Sie birgt das Potential zur gleichberechtigten Verteilung des Wohlstands und zur Schaffung eines stabileren Finanzklimas bei gleichzeitiger Erhöhung der für die Finanzierung der MDGs verfügbaren Erträge. Die Durchführbarkeit der CTT bestätigte der mit Unterstützung der französischen Regierung und der Weltbank 2004 erstellte Bericht des Steuerexperten Jean-Pierre Landau.^{xxvii}

Den Kern der von Großbritannien vorgeschlagenen *International Finance Facility* bilden Vorschüsse als Möglichkeit zur kurzfristigen Aufstockung von Finanzmitteln. Die nullkommasieben Kampagne und die KOO befürchten, dass dieser Ansatz auf Kosten der Hilfen nach 2015 gehen könnte. Erhoben werden auch Forderungen nach dem Verkauf oder der Neubewertung der Goldreserven des IWF über einen längeren Zeitraum hinweg, um die Einnahmen der Entwicklungsländer aus Goldexporten nicht zu gefährden.

Empfehlung an die Geberländer:

Es ist für die Gebergemeinschaft politisch unvertretbar, sich mit bloßen Lippenbekenntnissen zur Erreichung der weltweit vereinbarten Armutsziele zu bekennen und zugleich die Bereitstellung der dafür nötigen Mittel zu verweigern. Die Einhaltung der MDGs erfordert mehr als nur Vorschläge und Versprechungen: Es ist an der Zeit, neue und zuverlässige Mittel für die Entwicklung zu mobilisieren. Unterbleibt dies, setzt das Missverhältnis zwischen Rhetorik und Realität auf der einen und den MDG-Verpflichtungen und der erbärmlichen Knappheit der nötigen Mittel auf der anderen Seite die reichsten Länder der Welt dem Vorwurf blanken politischen Zynismus aus. Es ist Zeit zum Handeln.

Faire Handelsbedingungen als effektives Mittel

Die Einkommensniveaus armer Länder sind niedrig und zudem anfällig für massive Schwankungen auf Grund externer Schocks. Je ärmer ein Land ist, desto ungeschützter ist es anhaltenden und wiederkehrenden Wirtschaftsschocks ausgesetzt.^{xxviii} Länder mit ausgeprägter Abhängigkeit von einem oder zwei zumeist landwirtschaftlichen Primärstoffen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit arm bleiben. Die Entschuldungsprogramme der Vergangenheit haben dieses strukturelle, destabilisierende Merkmal der Volkswirtschaften armer Länder zumeist nicht hinreichend berücksichtigt. Die Folge waren Handels- und andere externe Schocks, die Einkommenszuwächse durch Schuldenerlasse oder Hilfeleistungen wieder zunichte machten. Die Einnahmen der auf Handelspräferenzen angewiesenen Länder sind und bleiben von absehbaren Trends wie die Aushöhlung der Präferenzen betroffen. Diese Wirkungen sind nicht unerwartet und

gelten deshalb nicht als „Schocks“. Ihre Abfederung erfordert weit reichende Änderungen der Produktionsmuster in den betroffenen Ländern, ein Prozess, der Jahre dauern kann. Der Vergleich mit Schocks drängt sich auf, weil sich die betroffenen Länder praktisch kaum oder gar nicht davor schützen können.

Massive Aufstockungen der Entwicklungsfinanzierung allein reichen zur Gewährleistung nachhaltiger Existenzsicherung für die meisten AfrikanerInnen nicht aus. Das für die afrikanischen Länder benachteiligende Handelssystem muss von Grund auf reformiert werden, damit sie sich aus der elenden Rohstofffalle befreien können, in der sie gefangen sind.

TITEL: Die Rohstofffalle

Seit den 80er Jahren befinden sich die Preise für agrarische und mineralische Rohstoffe auf einem niedrigen Niveau und sinken, abgesehen von konjunkturellen Schwankungen ständig.

Diese starken Schwankungen sind auf die Änderungen der weltweiten Nachfrage, wetterbedingte Angebotsengpässe, die Reaktion der Nachfrage auf die hohen Preise der frühen 90er Jahre, technologische Innovationen, mit deren Hilfe die Produktionskosten gesenkt wurden, und auf mit der Asienkrise verbundene Abwertungen der Währungen der großen Rohstoff-exportierenden Länder zurückzuführen. Länder, die auf Rohstoffe angewiesen sind, wurden mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert, als es galt, in den 90er Jahren den Verbrauch trotz der stark schwankenden Rohstoffpreise auszugleichen. Viele Entwicklungsländer erzielten bis zu 90 % ihrer Exporteinnahmen durch den Verkauf von Rohstoffen. Aufgrund eines Überangebots kommt es zum Preisverfall. Die sinkenden Preise führen jedoch dazu, dass die Handels- und Zahlungsbilanzen immer weiter ins Minus rutschen. Die Devisen werden aber von den Entwicklungsländern dringend benötigt, um ihren Schuldendienst zu begleichen. Gleichzeitig wächst der Bedarf an technologisch hochwertigen Gütern, die eingeführt werden müssen.

Empfehlung an die Geberländer:

Ein Finanzierungsrahmen für die MDGs sollte eine Eventualfinanzierung zur Kompensation unerwarteter externer Schocks sicherstellen. Einkommensschwache Länder sollten unbürokratisch und zu erschwinglichen Bedingungen darauf zugreifen können, um die Auswirkung externer Schocks und anderer absehbarer Handelsdynamiken abzufedern, die ihre Einnahmenniveaus vorhersehbar untergraben werden.

Sollen die afrikanischen Länder von den Vorteilen dieser Reformen profitieren, muss substantiell in ihre produktiven Sektoren investiert werden.

Landwirtschaft, Armutsbekämpfung und die Millenniums-Entwicklungsziele

TITEL: Genderaspekte und Landwirtschaft

„Es gibt keine Ernährungssicherheit ohne Bäuerinnen“

Jacques Diouf, Generaldirektor der FAO^{xxix}

Die Bedeutung des Beitrags der Frauen zur Landwirtschaft in den Entwicklungsländern kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara erzeugen Frauen 70 - 80 % der Nahrungsmittel, in Süd- und Südostasien erledigen sie 60 % der Arbeit in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung. Erkennbar ist ein zunehmender Trend zur „Feminisierung der Landwirtschaft“ aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen, HIV/AIDS und der Abwanderung der Männer vom Land in die Städte.

Gleichwohl leiden Frauen unvermindert unter massiver geschlechtsspezifischer Benachteiligung. Sie haben keinen gleichberechtigten Zugang zu Kapital (vor allem Kredite), kaum gesetzliche und soziale Eigentumsrechte (insbesondere auf Grund und

Boden) und leiden unter Ungleichheiten beim Zugang zu Produktionsressourcen und Dienstleistungen (wie landwirtschaftliche Beratungsdienste, Schulungen und technische oder marktspezifische Informationen). Aufgrund ihres geringeren Alphabetisierungsgrades sind Frauen von neuen Marktchancen ausgeschlossen; Bäuerinnen werden von der Politik häufig vernachlässigt, ihre Beiträge zur Landwirtschaft unterbewertet oder nicht erkannt.

Diese geschlechtsspezifischen Voreingenommenheiten beschneiden die Fähigkeit von Frauen in Entwicklungsländern, sich in bestimmten Bereichen der Landwirtschaft durchzusetzen. Was als „gender exploitative integration“^{xxx} (geschlechtsspezifische, ausbeuterische Integration) bezeichnet wird, beschneidet die Beteiligung von Frauen an exportorientierter Landwirtschaft ebenso wie ihre Teilhabe an weiterreichenden - und einträglicheren - Tätigkeiten (Handel, Vermarktung) in der heimischen Landwirtschaft. Aufgrund der bestehenden Ungleichheiten geraten Frauen häufig in die Falle niedrigproduktiver, wachstumsschwacher Tätigkeiten und müssen sich überwiegend mit Heimarbeit in „low-technology“-Sektoren begnügen.

In Afrika leben mehr als 70 % der Armen auf dem Land und verrichten Tätigkeiten in der Landwirtschaft. Zwischen Armut und Landwirtschaft besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Wiederholt haben Untersuchungen erwiesen, dass Landwirtschaft der Schlüssel zum Kampf gegen die Armut in Afrika ist und eine zentrale Rolle bei der MDG-Erreichung spielen muss. 900 Millionen der insgesamt 1,2 Mrd. Menschen, die weltweit weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung haben, leben in ländlichen Gebieten.^{xxxi}

Auf Grund fehlender Alternativen ist Landwirtschaft der einzige Weg zu nachhaltiger Armutsbekämpfung in Afrika.

Agrarwachstum wirkt sich in sehr viel stärkerem Maße auf die Armutsreduzierung aus als jeder andere Wirtschaftssektor.^{xxxi} Es kommt dem Sektor zugute, in dem die Armen tätig sind, verwertet den Grund und Boden und die Arbeitskraft, die sie besitzen, produziert Feldfrüchte, die sie verbrauchen und begünstigt ihre ländlichen Lebensräume. Es schafft Arbeitsplätze, generiert Einkommen und steigert die Fähigkeit armer Menschen, zusätzliche Vermögenswerte zu erwerben und zu sichern. Eine lediglich 1%ige Erhöhung

der landwirtschaftlichen Produktivität reduziert den Anteil der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag überleben müssen, nachweislich um 0,6 - 1,2 %.^{xxxiii}

Mit Wachstumsraten von 6 - 8 % - die Voraussetzung zur Erreichung der MDGs in Afrika -^{xxxiv} kann nur die Landwirtschaft die nötige wirtschaftliche Dynamik mobilisieren.^{xxxv} Sie kann nicht nur Armut an der Wurzel reduzieren, sie kann zugleich das weiter gehende Wirtschaftswachstum ankurbeln. Untersuchungen belegen, dass eine Erhöhung des landwirtschaftlichen Mehrwerts um einen US-Dollar den Mehrwert in der nichtbäuerlichen Wirtschaft um 1,50 - 2,00 US-Dollar erhöht. Und eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Bruttoleistung um ein Prozent steigert die nichtbäuerliche Erwerbsquote nachweislich ebenfalls um ein %.^{xxxvi}

Binnenhandel und Agrarpolitiken

Die Finanzierungslücke für die Landwirtschaft in Afrika

Afrikas Agrarsektor ist angeschlagen. Die Region südlich der Sahara ist weltweit die einzige Region, in der in den vergangenen drei Jahrzehnten das Bevölkerungswachstum die Agrarproduktionsraten überholt hat.^{xxxvii} Die niedrigsten durchschnittlichen Erträge für Feldfrüchte und Vieh werden nahezu ausnahmslos südlich der Sahara erwirtschaftet.^{xxxviii} Die Agrarproduktion in Afrika *sank* im Zeitraum von 1980 bis 2001 sogar um sage und schreibe fünf Prozent.^{xxxix}

Während afrikanische Länder vorrangig in die Landwirtschaft investieren müssen, schreit das Ausbleiben weltweiter Unterstützung für diesen Sektor zum Himmel. Während der vergangenen 15 Jahre sind die Hilfen für den Agrarsektor weltweit als Anteil der Finanzflüsse von 20 auf 12 Prozent zurückgegangen.^{xl} In absoluten Zahlen sank ihr Wert im Zeitraum von 1987 bis 1998 um zwei Drittel.^{xli}

Unübersehbare Folgen sind chronische infrastrukturelle Defizite wie unzureichende Verkehrswege für den Transport der bäuerlichen Produktion zu den Märkten. So gibt es beispielsweise in ganz Mosambik - das flächenmäßig größer ist als Grossbritannien und Frankreich zusammengenommen - weniger asphaltierte Straßen als in der englischen

Grafschaft Kent.^{xlii} Viele auf diese Weise isolierte bäuerliche ProduzentInnen sind entweder auf Gnade oder Ungnade Händlern ausgeliefert, die ihnen die Preise diktieren, oder aber überhaupt nicht imstande, ihre Produkte zu vermarkten.

Nach Schätzungen des Internationalen Forschungsinstituts für Ernährungspolitik (International Food Policy Research Institute - IFPRI) beträgt der zusätzliche Bedarf an landwirtschaftlichen Investitionen für eine tief greifende Hungerreduktion zur Erreichung der MDGs zwischen 2002 und 2015 nicht mehr als fünf Mrd. US-Dollar pro Jahr. Dieser Betrag würde für die Infrastruktur auf dem Land (Straßen und Bewässerungsanlagen sowie Forschungs- und Beratungsdienstleistungen), Bildung und sauberes Trinkwasser aufgewendet. Dieselbe Summe wenden die Länder der OECD in nur einer Woche für Agrarsubventionszahlungen auf.^{xliii}

Afrika und heimische Agrarpolitik

Das Versagen der internationalen Politik, sich den Herausforderungen der armen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten Afrikas zu stellen, hat sich als ebenso ruinös erwiesen wie die ausbleibende finanzielle Unterstützung. Die von den Geberländern als Auflagen für weitere Fördermittel oder Umschuldungsmaßnahmen formulierten Politiken sind offenkundig ebenso desaströs wie das Versäumnis, der Landwirtschaft angemessene Mittel zuzuweisen.

Die von den internationalen Institutionen befürworteten Reformen, die gemeinhin Voraussetzung für Kredite sind, richten sich gleich bleibend auf die Marktöffnung und drängen den Staat in eine Zuschauerrolle. Zunehmend erweist sich, dass dies die Chancen für landwirtschaftliches Wachstum in vielen Ländern Afrikas gemindert hat.^{xliv}

Interventionsformen, die sich als unentbehrlich für den Aufbau funktionierender Agrarmärkte erwiesen hatten, wurden systematisch aus den Politiken der Regierungen ausgeklammert - so wurden etwa Programme mit dem Ziel, Risiken für investitionsbereite ProduzentInnen zu mindern oder den Zugang zu Saison- oder Betriebsmittelkrediten und Beschaffungs- und Absatzmärkten zu günstigeren Bedingungen zu ermöglichen, ausnahmslos beschnitten oder ganz aufgegeben.^{xlv}

Fallstudie

Eine Bedingung für Schuldenerleichterungen sind Anpassungsprogramme mit obligatorischen Privatisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen. Im Baumwollsektor Westafrikas wurde der Staat dadurch praktisch zur Aufgabe seiner Marketing-, Kredit- und Beratungsleistungen gezwungen.

In der Vergangenheit hatten staatliche Einrichtungen bedürftigen Bauern bei der Bewältigung der Folgen von Schocks und Preisschwankungen unter die Arme gegriffen bzw. deren Folgen gemindert. Risiken wie Ernteausfälle, unvorhersagbare Wetterbedingungen, volatile Märkte zur Erntezeit und das Unvermögen, Kredite zurückzuzahlen, wurden auf nationaler Ebene über Vermarktungsbehörden und ähnliche Organisationen auf unterschiedliche Schultern verteilt. Nach dem ersatzlosen Wegfall dieser Einrichtungen durch entsprechende Anpassungsprogramme verlagern sich diese Risiken mangels alternativer Unterstützung weit gehend auf die einzelnen Bauern und ihre Gemeinwesen.

Allzu oft hat dieses *laissez-faire* in der Innenpolitik Aufgaben von zentraler Bedeutung Marktakteuren überlassen, die entweder zu schwach sind oder keine Anreize haben, die entsprechenden Risiken zu übernehmen, oder die schlicht und einfach nicht existieren, auf Märkten, die nicht funktionieren.

Das vorrangige Politikziel armutsorientierten Wachstums erfordert Impulse für nachhaltige Agrarproduktion und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Lande insbesondere durch die Förderung kleinbäuerlicher Betriebe in der ländlichen Wirtschaft. Dies kann nur gelingen, wenn die Bäuerinnen und Bauern die notwendigen Leistungen und Unterstützung bekommen. Bedauerlicherweise untergraben die derzeitigen Politiken dieses Ziel jedoch, indem sie die Bedürftigen auf dem Land isolieren und ihrem Schicksal überlassen.

Die internationale Handelspolitik

Schwache ProduzentInnen, offene Märkte, unfairen Wettbewerb

Eines der Hauptanliegen der Entwicklungsländer bei den WTO-Verhandlungen ist die Streichung der Agrarsubventionen für die Bauern im Norden. Selbst wenn sie sich damit kurzfristig durchsetzen, wäre dies indes nur ein Teil jener Reform der Handelspolitik, ohne die die Landwirtschaft nichts zum Kampf gegen die Armut in Afrika beitragen können. Das hartnäckige Insistieren der Länder im Norden auf der Öffnung der afrikanischen Agrarmärkte wird jeden Gewinn aus der Reform des Subventionssystems wieder zunichte machen.

Die Krise der afrikanischen Landwirtschaft besteht darin, dass die meisten armen ErzeugerInnen auf dem Lande in der Regel schlicht nicht imstande sind, sich gegenüber den reicheren ProduzentInnen mit wesentlich höherer Leistungskraft und einer - auch ohne Subventionszahlungen - hoch kapitalisierten Landwirtschaft zu behaupten. Arme und KleinbäuerInnen sind auf funktionierende lokale Märkte und effiziente, der Entwicklung auf dem Lande förderliche heimische Programme angewiesen. Versagt man Entwicklungsländern ihren „Grenzschutz“ und damit die Bedingungen zur Umsetzung armutsorientierter Agrarpolitik, werden diese Programme scheitern oder ihre Auswirkungen zumindest drastisch beschränkt.

Seit zwei Jahrzehnten stehen die afrikanischen Länder indes unter anhaltendem Druck, ihre Zollbarrieren für Agrarprodukte abzubauen.

Dies sehen zumindest die Auflagen von Weltbank und IWF für die Gewährung neuer Kredite und Schuldenreduktion vor. Die Liberalisierung hat häufig in atemberaubendem Tempo und Umfang stattgefunden und wurde offensichtlich eher durch wirtschaftliche Dogmen als durchdachte Analysen ihrer wahrscheinlichen Folgen für die Armen vorangetrieben. Länder wie Mosambik und Sambia beispielsweise haben heute offenere Wirtschaften als Großbritannien und Deutschland.^{xlvi}

Die Folge war eine Flut von Importen billiger, in der Regel subventionierter Produkte. Die KleinbäuerInnen beraubte man damit der Möglichkeit, ihre Produkte auf heimischen Märkten abzusetzen. Die FAO bezeichnet dieses Phänomen als „fortschreitende Verarmung von KleinbäuerInnen, die beim besten Willen nicht mit modernen kapitalisierten Betrieben in einer zunehmend offenen Weltwirtschaft werden konkurrieren können.“^{xlvii}

16 Länderfallstudien der FAO zur Untersuchung der Auswirkungen der WTO-Vereinbarung zur Landwirtschaft belegen einen drastischen Anstieg von Nahrungsimporten infolge der Liberalisierung. Danach waren die „Zölle oftmals das primäre, wenn nicht gar das einzige Handelsinstrument, das diesen Ländern zur Stabilisierung der heimischen Märkte und Sicherung der Interessen der Bauern zur Verfügung stand“.^{xlviii}

Abgesehen davon, dass die reichen Länder ihren Verpflichtungen zum Abbau der Agrarsubventionen nicht nachgekommen sind, setzen sie die afrikanischen Länder bei den WTO-Verhandlungen und auf bilateraler Ebene weiterhin unter Druck, ihre Agrarmärkte dem weltweiten subventionierten Wettbewerb zu öffnen.

Afrika weiterhin von den Möglichkeiten des globalen Handels ausgeschlossen

Die Agrarkrise in Afrika wurde also durch die Handelspolitik der Geberländer noch verschärft.

Thema Nr. 1 der gegenwärtigen Verhandlungen ist die weiter gehende Handelsliberalisierung. Die besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries - LDCs) im Rahmen der WTO besteht im Wesentlichen aus längeren Übergangsfristen und anderen Ausnahmeregelungen. Eines ist jedoch sicher: Letztlich geht es um das Ziel uneingeschränkter Liberalisierung. Wir bezweifeln, dass Afrika den angeblichen Vorteil liberalerer Handelsregeln - insbesondere bei Agrarprodukten - tatsächlich nutzen können. Es ist fraglich, ob ein Regelwerk, das letzten Endes auf

die wechselseitige Liberalisierung der reichsten Industrienationen und der bedürftigsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt abzielt, Afrika ernsthaft darin unterstützt, seine Entwicklungsprobleme zu lösen.

Die wichtigsten Zahlen aus Hochrechnungen ökonomischer Studien haben PolitikerInnen zu der Annahme veranlasst, Afrika würde von der globalen Liberalisierung des Agrarsektors automatisch profitieren. Dabei haben diese Prognosen Fragen mit großer Tragweite für Afrika ausgeklammert: speziell die Zwänge auf der Lieferseite, die mangelnde Kapazität zur Nutzung von Marktchancen und die mit der Aushöhlung von Handelspräferenzen einhergehenden finanziellen Einbußen.

Afrika sieht sich mit der Erosion seiner bisherigen bevorzugten Handelsvereinbarungen konfrontiert.^{xix} Dem Kontinent wird es immer schwerer, sich auf den zunehmend umkämpften globalen Märkten im Wettbewerb mit hochkapitalisierten Produzenten aus Industrienationen und Entwicklungsländern zu behaupten.ⁱ Einige Wirtschaftsmodelle sagen in dem politisch vorstellbaren Szenario kleiner oder mittlerer Grade weltweiter landwirtschaftlicher Liberalisierung Nettoverluste für Afrika voraus.ⁱⁱ

Die Entwicklung des afrikanischen Agrarhandels in den vergangenen 20 Jahren zeichnet ein düsteres Bild mit einer stetig rückläufigen Agrarhandelsbilanz.ⁱⁱⁱ Durch die sich dramatisch verschlechternden Handelsbedingungen für ihre Exportprodukte werden die afrikanischen Länder in die Rolle der Rohstofflieferanten gedrängt.

Länder, die Armut durch Handel bekämpfen, bemühen sich um Diversifizierung in dynamische Wachstumssektoren des Welthandels – vornehmlich Fertigerzeugnisse oder Dienstleistungen, aber auch höherwertige Agrargüter. Die meisten afrikanischen Länder haben sich demgegenüber auf einen rückläufigen Sektor des Welthandels spezialisiert.ⁱⁱⁱⁱ Ihre Primärexporte leiden seit Jahren unter einem Preisverfall und einem sinkenden Anteil am Welthandel. Nach Einschätzung der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Conference on Trade and Development - UNCTAD) wäre bei seit 1980 unveränderten Handelsbedingungen für Afrika der Anteil des Kontinents an den weltweiten Exporten gegenüber dem derzeitigen Stand bereits doppelt so hoch.^{liv}

Erschwerend kommt hinzu, dass Afrika seine Wettbewerbsvorteile bei Rohstoffen wie Tee und Kaffee an leistungsfähigere Produzenten in Asien und Lateinamerika verliert.^{lv}

„Business as usual“ und der Status quo allein werden der Entwicklung Afrikas nicht förderlich sein. Es bedarf weitaus größerer Anstrengungen, die Produktionsfähigkeit zu steigern, die Prioritäten auf lokale und regionale Märkte zu lenken und Mehrwert zu erzeugen, sowie gemeinsamer internationaler Maßnahmen, die Rohstoffkrise anzugehen und vor allem: der Diversifizierung.

Afrika und unfairen Handel

Von der gegenwärtigen Handelsordnung hat Afrika nicht profitiert. Die Uruguay-Runde krankte an Machtungleichgewichten, einer einseitigen Agenda und mangelndem Augenmerk für die entwicklungsrelevanten Folgen. Laut Weltbank und UNDP bedeutet dies für Afrika finanzielle Einbußen von 1,2 Mrd. US-Dollar.^{lvi}

Nirgendwo ist die Untätigkeit augenfälliger als bei den Subventionszahlungen für die Landwirtschaft.

Fallstudie: Die Folgen der Agrarsubventionen des Nordens

Der Verfall der Weltmarktpreise für Baumwolle ist ein Schlag für den Lebensunterhalt von mehr als zwei Millionen Menschen in Burkina Faso, die von der Baumwollproduktion abhängen. Zwar produziert das Land, das zu den ärmsten der Welt zählt, kostengünstig hochwertige Baumwolle, den Markt beherrschen jedoch hochsubventionierte Farmer aus den reichsten Ländern der Welt.

Die Europäische Union ist weltweit ein nicht sehr bedeutender Baumwollproduzent, dennoch hat das Regime massive Auswirkungen auf ärmere Länder im Süden. Jährlich werden 800 Millionen € für Subventionen an europäischen Baumwollbauern ausgegeben, die sich mehrheitlich in Griechenland, Spanien und Portugal befinden. Europäische Baumwollbauern bekommen die weltweit höchste Unterstützung per Kilo.

US-amerikanische Baumwollfarmer exportierten 2003 mit 41 % der weltweiten Baumwollexporte mehr als jedes andere Land der Welt und sind damit praktisch konkurrenzlos. Dies ermöglicht ihnen der Staat mit seinen großzügigen Subventionen. In 2001/2002 unterstützten die USA ihre Cotton-Farmer mit rund 3,9 Mrd. US-Dollar - mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt von Burkina Faso und das Dreifache des gesamten US-amerikanischen bilateralen Entwicklungshilfebudgets für Afrika.^{lvii}

Europäische Baumwollbauern bekommen die weltweit höchste Unterstützung per Kilo.

<<ENDE BOX>>

Nicht nur die USA messen - was die Subventionen anbelangt - mit zweierlei Maß. Ungeachtet ihrer entwicklungsorientierten Lippenbekenntnisse, was die Reformierung ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angeht, hat die EU ihr GAP-Budget in den vergangenen Jahren kontinuierlich aufgestockt. 2003 sind insgesamt 43 Mrd. Euro in die GAP geflossen^{lviii} - eine Summe, die bis 2013 auf 50 Mrd. Euro ansteigen soll. 2003 entfielen 37 % der Agrarausgaben auf Subventionen - eine in hohem Maße ungerechte Bevorzugung der europäischen Bauern.^{lix}

Die geplante Reform der EU-Agrarpolitik ist sicherlich ein begrüßenswerter erster Schritt; auf die Überschwemmung der Märkte mit europäischen Agrarprodukten zu Dumpingpreisen wird sie jedoch wohl kaum auswirken. 2004 entwickelte die OECD zwei denkbare Szenarien für die GAP-Reform: Mit Ausnahme von Reis - dessen Produktion den Voraussagen zufolge sinken wird - wird sich ihre Auswirkung auf die Getreideproduktion in Grenzen halten. Nach dem optimistischsten Ausblick wird die Reform einen Rückgang von lediglich einem Prozent bewirken.^{lx} Im Weizen Sektor wird sie nach einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie die Produktion dagegen *steigern*.^{lxi} Zu ähnlichen Feststellungen gelangten auch etliche andere Studien.^{lxii}

Auch bei der derzeitigen Doha-Runde der WTO-Verhandlungen wird das schleppende Tempo der notwendigen Veränderungen augenfällig. Verhandlungsschwerpunkt sind die Agrarsubventionszahlungen - gleichwohl wenden die reichen Industrieländer alle nur erdenklichen Tricks zu ihrer Beibehaltung an, statt sich ernsthaft zu verpflichten, von den Dumpingexporten ihrer Produkte auf die Märkte der armen Länder künftig abzusehen.

Die „Green“ und „Blue Boxes“ im WTO-Agrarabkommen beschreiben die unterschiedlichen Formen der zulässigen Subventionen. Die Blue Box lässt Ausgaben in unbegrenzter Höhe für Direktzahlungen an Bauern zu, wenn diese Zahlungen an produktionsbeschränkende Maßnahmen gekoppelt sind. Bei den laufenden WTO-Verhandlungen wird der Vorschlag erörtert, „Blue Box“- Zahlungen zu beschneiden und substantiell zu reduzieren. Aber selbst dann hätte ihr Niveau kaum Auswirkungen auf die Ausgabenmuster der USA und der EU. Die „Green Box“- Liste der zulässigen Subventionen beinhaltet Zahlungen im Rahmen von Umweltprogrammen, Seuchen- und Krankheitsbekämpfung, Infrastrukturentwicklung und einheimischen Nahrungshilfen (zu den jeweiligen Marktpreisen) ebenso wie nicht an veränderliche Produktionsmengen gebundene (so genannte entkoppelte) Zahlungen an Erzeuger und staatliche Zuzahlungen zu einkommenssichernden Programmen.

Das im Juli 2004 in Genf vereinbarte WTO-Rahmenabkommen wird die USA und die EU wohl kaum motivieren, mehr als allenfalls oberflächliche Retuschen an ihren Subventionspraktiken vorzunehmen.^{lxiii}

Wahre Fortschritte auf dem Weg zur Halbierung extremer Armut bis 2015 in Ländern wie Burkina Faso und Mosambik hängen von der Aufgabe der Dumpingexporte durch die reichen Länder ab.

Empfehlung an die Geberländer:

Die Geberländer sollten auf substantielle Reformen der Agrarsubventionssysteme der Länder des Nordens hinwirken, um dem Dumping ihrer Produkte auf den weltweiten Märkten ein Ende zu bereiten.

So sollten die OECD-Länder insbesondere die Anstrengungen der WTO unterstützen, alle Formen von Exportsubventionierung abzuschaffen, eine substantielle Reduzierung von „Blue Box“-Subventionen sicherzustellen und die „Green Box“ auf den Prüfstand zu stellen. Diese Maßnahmen sollen gewährleisten, dass die handelsverzerrende Wirkung der verbleibenden Subventionen auf ein Minimum reduziert wird. Diese sollen vielmehr

öffentliche Güter wie den Umweltschutz fördern und den Lebensunterhalt von Kleinbauern sichern.

Bilaterale Handelsgespräche zwischen der EU und Afrika

Die Europäische Union verhandelt gegenwärtig mit den Ländern Afrikas südlich der Sahara über so genannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA). Sie hat diese Länder zum Abbau von 90 % der Handelsschranken für EU-Exporte aufgefordert - eine Forderung, die sich auf alle Agrargüter bezieht. Diskussionen über ihre Gemeinsame Agrarpolitik lehnt die EU unterdessen ab.

Dies sieht nicht nach einem fairem Wettstreit aus. Die Agrarausgaben der EU belaufen sich auf mehr als das Doppelte der jährlichen Agrarexporte Afrikas.^{lxiv} Der durchschnittliche Bauer in der EU kassiert pro Jahr allein an Agrarsubventionen den Gegenwert von 16.028 US-Dollar^{lxv} - das Hundertfache der durchschnittlichen jährlichen Erträge armer Bauern in Afrika südlich der Sahara – seiner unmittelbaren Konkurrenten nach den WPAs.^{lxvi}

Die EU sollte nicht länger auf dem Prinzip der Reziprozität bestehen, sondern stattdessen Alternativen zum freien Handel auf den Verhandlungstisch legen. Die afrikanischen Länder dürfen nicht als Gegenleistung zur Gewährung des Zugangs zum EU-Markt zur Öffnung ihrer Märkte genötigt werden.

Empfehlung an die Geberländer:

Afrikanische und andere arme Entwicklungsländer müssen ihre Agrarsektoren schützen dürfen. Sie sollten von der WTO und in bilateralen Handelsverhandlungen von weiteren Verpflichtungen zur Marktöffnung entlastet werden. Und sie sollten den ihnen im Zuge der IWF- und Weltbankkredite auferlegten Abbau ihrer Handelsbeschränkungen für Agrarprodukte rückgängig machen dürfen.

In der WTO sollten die Geberländer den Entwicklungsländern bei der Auswahl der landwirtschaftlichen „Spezialprodukte“, die sie aus der weiter gehenden Liberalisierung ausnehmen wollen, mit Rat und Tat zur Seite stehen, und ihnen

mittels eines „besonderen Sicherheitsmechanismus“ die Möglichkeit zugestehen, sich gegen Importschwemmen zu behaupten.

Schlussfolgerung

Die Lösung der Agrarkrise in Afrika erfordert Handelsreformen ebenso wie erhöhte Finanzierung durch Fördermittel und Entschuldung. Vereinzelt und isoliert voneinander eingesetzt werden diese Instrumente versagen.

Im vorliegenden Papier zeigen die nullkommasieben Kampagne und die KOO, weshalb niedrige Produktionsniveaus, die Fokussierung auf Rohstoffe und Produkte mit geringem Mehrwert, mangelndes Know-how, fehlender Zugang zu Ressourcen - wie z.B. Land - schleppendes Wachstum und beschränkter Spielraum für entwicklungsorientierte Programme Hauptursachen für die Stagnation in Afrikas Agrarsektor sind. Auch sie gilt es anzugehen. Handelsreformen allein müssen Stückwerk bleiben.

Dieses Papier wurde im Rahmen der CIDSE-Kampagne „Global Call to Action Against poverty“ erstellt.

Wir danken allen MitarbeiterInnen der CIDSE-Mitgliedsorganisationen für ihre Beiträge zu dieser Stellungnahme.

Herausgeberin & Medieninhaberin:

Nullkommasieben Kampagne

Berggasse 7/2, A-1090 Wien

Tel.: 01/3193246

Email: info@nullkommasieben.at

www.nullkommasieben.at

Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)

Türkenstraße 3/3, A-1090 Wien

Tel.: 01/3170321

Email: info@koo.at

www.koo.at

Inhalt: Henry Northover/Matt Griffith/ Pedro Martins (CIDSE Brüssel)

Übersetzung aus dem Englischen:

Petra Waldrapp (MISEREOR Sprachendienst Eb)

Redaktion: Hildegard Wipfel, Judith Zimmermann-Hößl

Layout: Helmut Habiger

Druck: Druck- & Medienhaus Bürger

Jänner 2005

17. September 2009

ⁱ Einer Weltbankstudie zufolge hat sich die Situation in Afrika südlich der Sahara aufgrund der im Rahmen der Uruguay-Runde verschlechterten “terms of trade” noch verschlimmert. Nach Schätzungen der UNDP

haben nach den WTO-Verhandlungen im Zeitraum von 1995 bis 2004 die 48 am wenigsten entwickelten Länder 600 Millionen US\$ pro Jahr, Sub-Sahara-Afrika 1,2 Milliarden US\$ eingebüßt.

ⁱⁱ Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen – 2000

[<http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm>]

ⁱⁱⁱ Zentrales Thema des vorliegenden Papiers ist die Erreichung der MDGs in Afrika südlich der Sahara angesichts der Schwere und Verbreitung der Armut auf dem Kontinent. Afrika wird auch als Schlüsselthema beim G-8-Gipfel in Schottland 2005 auf der Tagesordnung stehen. Nach Ansicht von CAFOD gelten die Themen und Politikvorschläge jedoch auch für einkommensschwache Länder außerhalb Afrikas und einige Länder mit mittlerem Einkommen.

^{iv} Die nachstehenden Informationen entstammen dem *Human Development Report 2003* der UNDP (UNDP, 2003).

^v Einschließlich: *IEO Evaluation of Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) und der Poverty Reduction and Growth Facility (PRGFs)* Juli 2004; *IEO Evaluation of „The Prolonged Use of Fund Resources“* 2002; *External Evaluation of the ESAF* 1998.

^{vi} Weltbank, *Can Africa Claim the 21st Century?* (Weltbank, 2000) S. 45.

^{vii} *Tools For Developmental Partnership Report* auf dem CIDSE- Forum on Partnership –

<http://www.cidse.org/docs/200411101509396708.pdf>

^{viii} Nach einer Forderung von beispielsweise Jubilee Zambia - der örtlichen Kampagne zum Erlassjahr 2000 - soll das Kreditvergabeverfahren verfassungsmäßigen Aufsichtsmechanismen unter Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft, des Privatsektors sowie von Regierung und Parlament zum Schutz vor unverantwortlicher Kreditaufnahme und -vergabe unterworfen werden.

^{ix} Quellen: IDS-DAC [britisches Institut für Entwicklungsforschung/OECD-Entwicklungsausschuss] online-Datenbank (für laufende Mittelflüsse), *Millennium Development Goals Needs Assessment* (Millenniums-Projekt 2004). Für Äthiopiens Entwicklungshilfebedarf: *Supporting Sound Policies with Adequate and Appropriate Financing* (Weltbank, 2003).

^x Quelle: IDS-DAC.

^{xi} UNDP, *Human Development Report 2003* (UNDP, 2003) S. 293. 2001 beliefen sich die Mittelflüsse für alle LDCs durchschnittlich auf 7,5 Prozent des BIP gegenüber dem durchschnittlichen Nettofluß für ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 2,2 Prozent des BIP. Soweit Zahlen vorliegen, belegen sie einen durchschnittlichen Nettoabfluss anderer privater Flüsse von 0,5 Prozent des BIP.

^{xii} Bulir, Ales und A. Javier Hamann, *Aid Volatility: An Empirical Assessment* (IMF Staff Papers, Bd. 50 Nr. 1 IMF 2003).

^{xiii} Der Zeitpunkt, zu dem die Schulden erlassen werden.

^{xiv} Northover, Lemoine, Ladd, Drapkin und Kline, *A Joint Submission to the World Bank and IMF Review of HIPC and Debt Sustainability* (CAFOD, Christian Aid, Oxfam, Eurodad, August 2002) – www.cafod.org.uk/policy.

^{xv} Der Zeitpunkt, zu dem die Gläubiger sich verpflichten, die Schulden auf ein „tragfähiges“ Niveau zu reduzieren.

^{xvi} Northover, Lemoine, Ladd, Drapkin und Kline, *A Joint Submission to the World Bank and IMF Review of HIPC and Debt Sustainability* (CAFOD, Christian Aid, Oxfam, Eurodad, August 2002) – www.cafod.org.uk/policy

^{xvii} Clements, Benedict, Rina Bhattacharya und Toan Quoc Nguyen, *External Debt, Public Investment, and Growth in Low-Income Countries* (IMF-Arbeitspapier 2003); Pattillo, Catherine, Helene Poirson und Luca Ricci, *External Debt and Growth* (IMF-Arbeitspapier April 2002).

^{xviii} Reinhart, Carmen M. und Kenneth S. Rogoff, *Africa: The Role of Price Stability and Currency Instability* (IMF).

^{xix} Siehe Weltbank, *Evaluation of HIPC 2003*.

^{xx} CAFOD und internationale „Debt Campaigner“ (Erlaßkampagnen) plädieren für einen *Fair and Transparent Arbitration Process* (FTAP) auf der Grundlage der US Insolvency Chapter 9 and 11-Prozesse. Siehe CIDSE-CI Background-Papier unter: www.cidse.org

^{xxi} Siehe CAFOD Arbeitspapier *Debt relief and new borrowing for Africa*, September 2003 www.cafod.org.uk/policy. Erörtert werden die Schuldenniveaus und erforderliche Kreditaufnahme zur Optimierung des Wirtschaftswachstums sowie armenorientierte Wachstumsformen. Zwei Arbeitspapiere des IWF führen aus, dass ein aussichtsreiches Wirtschaftswachstum einkommensschwacher Länder eine Schuldenreduzierung um mindestens ein Drittel mehr als nach den Vorgaben in der HIPC-Initiative der Gläubiger voraussetzen würde.

^{xxii} Ein durchführbarer „net revenue“-[Nettoeinnahmen]-Ansatz würde auch die eingehenden Finanzflüsse der Geber mit einbeziehen.

^{xxiii} Northover, Joyner und Woodward, *A Human Development Approach to Debt Sustainability Analyses for the World's Poor* (CAFOD 1998 und 2001).

^{xxiv} Greenhill, Romilly und Elena Sista, *Real HIPC Progress Report* (Jubilee Research, Sept. 2003).

^{xxv} Die drei denkbaren Kriterien zur Einschätzung, ob eine Regierung sich zur Armutsbekämpfung verpflichtet, sind: i) transparente, nachvollziehbare Verwaltung von Finanzressourcen, anhand deren Geber ihren treuhänderischen Verpflichtungen gegenüber ihren Steuerzahlern nachkommen können; ii) budgetierte Armutsbekämpfungsprogramme; iii) ein gewisses Maß an Überwachung der Ressourcen der öffentlichen Hand durch die Ziel- und Anspruchsgruppen einschließlich zusätzlicher Finanzmittel aus Schuldenerlass und Hilfeleistungen.

^{xxvi} Siehe www.cidse.org

^{xxvii} Die Durchführbarkeit der CTT hat die Weltbank in einer vorbereitenden Mitteilung an den Entwicklungsausschuss bei den Jahresversammlungen 2004 bestätigt. Auch die belgische Regierung hat die erforderlichen gesetzlichen Regelungen zu ihrer Durchsetzung - sobald sich die Mitgliedsstaaten auf die Steuer geeinigt haben - bereits niedergelegt. Siehe CIDSE, *Redistribution through Innovative Measures: A currency transaction tax* (CIDSE, September 2004), www.cidse.org

^{xxviii} Happe, Nancy *et al.* „Absorbing Shocks“, *Finance and Development Magazine*, Dez. 2003 (IMF, Washington, 2003).

^{xxix} FAO High-level-Consultation über Bäuerinnen und Informationen.

^{xxx} Hewitt de Alcántara, C., *Real Markets: Social and Political Issues of Food Policy Reform* (Frank Cass, in Zusammenarbeit mit EADI und UNRISD, London, 1993).

^{xxxi} IFAD, *Achieving the MDGs by Enabling the Rural Poor to Overcome their Poverty*, (IFAD, Rom, 2003).

^{xxxii} Hanmer, Lucia und David Booth, *Pro poor growth: why do we need it, what does it mean and what does it imply for policy?* (ODI, London, zweiter Entwurf August 2001). Siehe auch Lipton, M. und M. Ravallion, „Poverty and Policy“ in Behrman und Srinivasan (Herausgeber): *Handbook of Development Economics*, Bd. 3b (North Holland, Amsterdam, 1995). Ravallion, M. und G. Datt, *When is Growth Pro-Poor?* (Mimeograph, World Bank, 2000); Timmer, C.P. *How well do the poor connect to the growth process?* (Harvard Institute for International Development, Cambridge, Mass, 1997).

^{xxxiii} Eastwood, Robert und Michael Lipton „*Pro poor growth and pro growth poverty reduction: what do they mean? What does the evidence mean? What can policymakers do?*“ Beitrag zum Asia and Pacific Forum on Poverty: *Reforming Policies and Institutions for Poverty Reduction*, bei der Asian Development Bank, Manila, 5.-9. Februar 2001. Nach Feststellungen der Weltbank führte ein Anstieg des landwirtschaftlichen Pro-Kopf-BIP um ein Prozent zu einer 1,6%igen Zunahme der Einnahmen der ärmsten fünf der untersuchten Länder. Siehe Timmer, C.P. (1997) *How well do the poor connect to the growth process?* (Harvard Institute for International Development, Cambridge, Mass, 1997).

^{xxxiv} African Development Bank (AfDB) *Achieving the Millennium Development Goals in Africa: Progress, Prospects and Policy Implications* (AfDB, Abidjan, 2002).

^{xxxv} IFAD, *Achieving the MDGs by Enabling the Rural Poor to Overcome their Poverty* (IFAD, Rom, 2003).

^{xxxvi} Hazell, P. und S. Haggblade „*Farm-Nonfarm Growth Linkages and the Welfare of the Poor*“ in van der Gaag, J. and M. Lipton (Herausgeber), *Including the Poor: Proceedings of a Symposium Organized by the World Bank and the International Food Policy Research Institute* (World Bank, Washington, DC, 1993).

^{xxxvii} Kydd, Dorward, Morrison und Cadisch, *The Role of Agriculture in Pro Poor Economic Growth in sub-Saharan Africa* (Wye College, London, 2003).

^{xxxviii} Ibid.

^{xxxix} UK Parliament International Development Select Committee, *International Development Committee: DFID's Agriculture Policy, Seventh Report* (House of Commons, London, 2004).

^{xl} IFAD, *Achieving the MDGs by Enabling the Rural Poor to Overcome their Poverty* (IFAD, Rom 2003).

^{xli} IFAD, *Rural Poverty Report 2001* (IFAD, Rom, 2001).

^{xlii} Webseite des britischen Verkehrsministeriums und WDI 2004.

^{xliii} *Cutting Hunger in Africa Through Smallholder-led Agricultural Growth*, (IFPRI 2002).

^{xliv} Dorward, A. et al. „A Policy Agenda for Pro-Poor Agricultural Growth“, *World Development* (2004) 32

(1) S. 73-90. Siehe auch Green, Duncan und Jamie Morrison „Fostering Pro-sustainable Development Agriculture Trade Reform Strategic Options Facing Developing Countries“ Beitrag zum Strategic Dialogue on Agriculture, Trade Negotiations, Poverty and Sustainability, Windsor, 14.-16. Juli 2004.

^{xlv} Dorward, A. et al. „A Policy Agenda for Pro-Poor Agricultural Growth“, *World Development* (2004) 32

(1) S. 73-90. Siehe auch Hanmer, Lucia and David Booth, *Pro poor growth: why do we need it, what does it mean and what does it imply for policy?*, (ODI, London, zweiter Entwurf August 2001).

^{xlvi} Gemäß dem Trade Restrictiveness Index (TRI) des IWF auf der CD *International Financial Statistics*, Rom (1999).

^{xlvii} FAO, *The State of Food and Agriculture 2000* (FAO, Rom, 2000)

^{xlviii} FAO, *Agriculture, Trade and Food Security Issues and Options in the WTO Negotiations from the Perspective of Developing Countries - Vol. II Country Case Studies* (FAO, Rom 2000).

^{xlix} Praktisch alle Länder Afrikas südlich der Sahara gehören der afrikanischen, karibischen und pazifischen Gruppe jener Länder an, die als ehemalige Kolonien von EU-Mitgliedstaaten privilegierten Zugang zu europäischen Märkten genießen. Durch die Ausdehnung ihrer Handelspräferenzen auf andere Entwicklungsländer höhlt die EU den Wert des präferentiellen Zugangs aus - was man als Erosion der Präferenzen bezeichnet.

^l Eine ausgezeichnete Erläuterung dieses Prozesses findet sich in Stephens, Christopher „Food Trade and Food Policy in sub Saharan Africa: Old Myths and New Challenges“, *Development Policy Review*, 2003 21 (5).

^{li} Achterbosch, T.J. et al. „Trade liberalisation under the Doha Development Agenda: Options and consequences for Africa“, (Agricultural Economics Research Institute (LEI), United Nations Economic Commission for Africa, The Hague, 2004) und Stephens, Christopher, „Food Trade and Food Policy in sub Saharan Africa: Old Myths and New Challenges“ *Development Policy Review*, 2003 21 (5).

^{lii} „The Food Crisis in Africa“ *PAD Newsletter*, Mai 2003.

http://www.sarprn.org.za/documents/d0000339/P326-NEPAD_News.pdf. For LDCs:

http://www.fao.org/documents/show_cdr.asp?url_file=/docrep/005/y4252e/y4252e11.htm

^{liii} 17 der 20 wichtigsten Exportgüter Afrikas aus dem „non-fuel“-Bereich sind einige wenige Primärstoffe und Halbfertigwaren auf Rohstoffbasis. Der Welthandel mit solchen Produkten hat im Durchschnitt weitaus weniger rasch zugenommen als mit Fertigwaren. Siehe UNCTAD, *Trade Performance and Commodity Dependence*, (UNCTAD, New York, 2004).

^{liv} UNCTAD, *Trade Performance and Commodity Dependence*, (UNCTAD, New York, 2004) und *Economic Development for Africa* (UNCTAD, New York, 2001).

^{lv} UNCTAD, *Trade Performance and Commodity Dependence*, (UNCTAD, New York, 2004).

^{lvi} Einer Weltbankstudie zufolge hat sich die Situation in Afrika südlich der Sahara aufgrund der im Rahmen der Uruguay-Runde der Handelsverhandlungen verschlechterten „terms of trade“ noch verschlimmert. Nach Schätzungen der UNDP haben nach den WTO-Verhandlungen im Zeitraum von 1995 bis 2004 die 48 am wenigsten entwickelten Länder pro Jahr 600 Millionen US\$, Sub-Sahara-Afrika 1,2 Milliarden US\$ eingebüßt.

^{lvii} CIDSE und Caritas Internationalis, *Unfair Trade and Cotton: Global Challenges, Local Challenges* (CIDSE und Caritas Internationalis, 2004).

^{lviii} OECD *Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2003* (OECD, Paris, 2003).

^{lix} OECD *Agricultural Policies in OECD Countries: At a Glance*, OECD, Paris, 2004 Edition).

^{lx} OECD, *Analysis of the 2003 CAP Reform* (OECD, Paris, 2004).

^{lxi} Europäische Kommission, 2003. *Reform of the CAP: Mid Term Prospects of Agricultural Markets and Income in the EU 2003-2010* –<http://europa.eu.int/comm/agriculture/publi/caprep/prospects2003b/fullrep.pdf>

^{lxii} Siehe folgende Einschätzungen der entkoppelten Zahlungen der EU:

http://www.fapri.missouri.edu/FAPRI_Publications.htm

<http://statistics.defra.gov.uk/esg/reports/decoupling/Cambridge.PDF>

<http://statistics.defra.gov.uk/esg/reports/decoupling/HAdSAC.PDF>

<http://www.dardni.gov.uk/file/con0317i.doc>

^{lxiii} Siehe CAFOD: „*Analysis of the WTO Framework Agreement*“ (CAFOD, London, 2004) und South Centre: „*Detailed Analysis of Annex A to the General Council Decision July 2004 ‘Framework for Establishing Modalities in Agriculture*““ (South Centre, 2004).

^{lxiv} Basisdaten für afrikanische Nahrungsmittelexporte für 1999 (16,08 Mrd. US-Dollar) aus dem WTO-Bericht *Agricultural Trade Performance by Developing Countries 1990-99* (WTO, Genf, 2001).

^{lxv} Geschätzte Produzentensubventionen pro europäischem Landwirt 1998-2000 aus OECD, *Agricultural Policies in OECD Countries, Monitoring and Evaluation* (OECD, Paris, 2001).

^{lxvi} Das Durchschnittseinkommen beträgt 163 US\$ pro Jahr, The Commission for Africa *Commission for Africa: An overview of the evidence* (The Commission for Africa, London, 2004).